62. JAHRGANG · NUMMER 4 · JUNI 2021 · EUR2,50

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

■ BERLIN: PFLEGEKRÄFTE STELLEN KLINIKLEITUNGEN UND SENAT EIN ULTIMATUM

100 Tage bis zum Streik

Am 12. Mai versammelten sich anlässlich des Tages der Pflegenden (dem 201. Geburtstag von Florence Nightingale) 500 Pflegekräfte von Charité und Vivantes mit 500 Unterstützer:innen vor dem Roten Rathaus. Sie forderten von den Leitungen der beiden großen landeseigenen Krankenhausgesellschaften, binnen 100 Tagen einen Entlastungstarifvertrag zu unterzeichnen und die Tochterunternehmen von Charité und Vivantes mit allen dort Beschäftigten in den Tarifvertrag Öffentliche Dienste für die Krankenhäuser (TVÖD-K) zu überführen.

Pflegekräfte fordern einen Entlastungstarifvertrag

In einem Entlastungstarifvertrag sollen neue Personalschlüssel für die Stationen festgelegt werden mit der Folge, dass mehr Personal eingestellt wird. Sollte der Vertrag nicht zustande kommen, werde die Gewerkschaft ver.di zum **Streik ab dem 20. August 2021** aufrufen.

ver.di hatte nach 10tägigem Streik 2015/16 einen Tarifvertrag mit der Charité abgeschlossen, in dem Personaluntergrenzen für die einzelnen Stationen festgelegt wurden. Das wurde als Durchbruch gefeiert. An diesem Vertrag hat sich auch das Bundesgesundheitsministerium orientiert, als es die Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung beschlossen hat, die z.B. vorsieht, dass auf der Intensivstation tags zwei Patient:innen und nachts drei von einer Pflegekraft versorgt werden sollen.

Der Vertrag läuft jetzt aus und er hat sich auch nicht bewährt, weil er in der Praxis dauernd durchbrochen wurde. Deshalb soll jetzt nach Auffassung der Beschäftigten ein Vertrag her, in dem konkrete und individuelle Folgen bei Überlastung beschrieben sind. Orientieren könnte sich ein Entlastungstarifvertrag etwa an den Vereinbarungen zwischen ver.di und den Universitätskliniken in Homburg, Mainz, Jena und Lübeck-Kiel. Dort wird der Personalbedarf auf den Stationen ermittelt. Wird das festgelegte Maß nicht eingehalten, bekommen die verbliebenen Kolleg:innen sog. Belastungspunkte. Ab einer gewissen Anzahl unterbesetzter Schichten können sie einen Tag frei machen. So entsteht ein Mehrbedarf an Pflegepersonal. Schätzungen von ver.di zufolge würde ein Vertrag ca. 10% mehr Personal an der Charité und bei Vivantes erfordern.

Die Klinikleitungen aber lehnen Entlastungsverträge ab, sie berufen sich darauf, dass auf dem Arbeitsmarkt nicht genügend Pflegekräfte zu finden seien, um die Personalnot zu beheben. Schon heute seien Hunderte Stellen nicht besetzt. Würde ein Vertrag dennoch beschlossen, hätte das zur Folge, dass Betten gesperrt werden müssten und damit die Versorgung der Patient:innen in der Hauptstadtregion gefährdet sei. Die Verantwortung dafür möchte doch wohl niemand übernehmen. Pflegekräfte nennen dieses Argument die »Moralkeule«.

Minister Spahn beschwört eine sog. Ausbildungsoffensive, die mehr Personal in der Zukunft schaffen werde. Darauf hatte eine Auszubildende (»Personal der Zukunft«) auf der Kundgebung die passende Antwort. Sie berichtete, dass 80% ihres 3. Jahrgangs nach dem Ende der Ausbildung ihre Klinik verlassen würden wegen der Belastungen, von denen sie heute schon einen Vorgeschmack erlebten. Die Gründe dafür, dass Tausende Pflegekräfte die Branche verlassen haben und heute fehlen, seien allein in der miesen Bezahlung und den Belastungen im Klinikalltag zu suchen.

Laut einer Umfrage der Arbeiterkammer Bremen würden 60% der ausgestiegenen Pflegekräfte unter besseren Bedingungen in den Beruf zurückkehren und weitere 50% derjenigen, die in Teilzeit arbeiten, würden aufstocken.

Ein weiteres Argument der Klinikleitungen ist, die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber (VKA) verbiete es, Entlastungstarifverträge abzuschließen. Die VKA will natürlich einen Flächenbrand verhindern. Aber das wäre der Moment, in dem der Regierende Bürgermeister als Vertreter des Landes Berlin, der 100%igen Eigentümerin der beiden Krankenhausgesellschaften, tätig werden müsste und sich so bei SPD-Parteifreund Mägde, dem Präsidenten der VKA, unbeliebt machen müsste. Deshalb wollen die Beschäftigten die Regierungskoalition nicht aus der Verantwortung entlassen. Der Ablauf des Ultimatums vier Wochen vor der Abgeordnetenhaus- und Bundestagswahl ist gut gewählt.

Pflegekräfte fordern TVÖD für ALLE

und ALLE meint wirklich alle Kolleg:innen, besonders die, die in den nichtmedizinischen GmbHs angestellt sind, die Charité und Vivantes zum Zwecke des Lohndumpings ausgegliedert haben und die bisher nicht

Heft Nr. 4 · Juni 2021 · Jahrgang 62

Berlin: Pflegekräfte stellen Klinikleitungen und Senat ein Ultimatum:
100 Tage bis zum Streik 1
Krankenhausarbeit ist Teamwork – Widerstand ebenfalls 4
Die gewerkschaftliche und politische Mobilisierung wird aufrecht erhalten 5
Beispiel Krankenhaus Benjamin-Franklin 6

Hamburger Krankenhausbewegung startet Offensive für Entlastung 7
Manifest für würdige Bedingungen in unseren Krankenhäusern 8

Tarifabschluss bei der CFM 9

Kundgebung zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes: Union Busting stoppen 12

Immobilienkonzerne feiern, Mieter:innen müssen die Zeche zahlen: Bundesverfassungsgericht kippt Berliner Mietendeckel 13

Korrespondenz: Der 1. Mai 2021 in Berlin – Der Wahlkampf wirft seinen Schatten voraus 17
Mitarbeiter:innen des rbb mobilisieren zum 1. Mai 19
Eine kleine, aber lehrreiche Kundgebung 20

Im Interesse der »deutschen Staatsräson«: 23
Proteste und Kritiker gegen die Besatzungspolitik Israels werden kriminalisiert 23
Die Nakba-Demonstrationen in Berlin 25
Nakba-Kundgebung in Kassel 26

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Karaberis
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
GFSA e.V. • Postbank Hamburg • BIC: PBNKDEFF
IBAN: DE 28 2001 0020 0410 0772 05
Zuschriften an: GFSA e.V. • Postfach 106426 • 20043 Hamburg
e-mail: arpo.berlin@gmx.de • Internet: www.arbeiterpolitik.de

Kundgebung am 12. Mai 2021 vor dem Roten Rathaus

unter den TVÖD-K fallen: Therapie- und Rehadienste, Transport, Reinigung, Speiseversorgung, Logistik usw. Die Tochtergesellschaften haben im besten Fall eigene Tarifverträge, die sich an den branchenüblichen Mindeststandards orientieren, im Fall von Labor Berlin, das beide Krankenhausgesellschaften gemeinsam betreiben, nicht einmal das. Für die Beschäftigten der Töchter heißt das: längere Arbeitszeit, weniger Urlaubstage, keinen Zusatzurlaub bei Wechselschicht, geringere Nachtzuschläge und natürlich Hunderte Euro weniger Lohn, als ihnen nach TVÖD zustünde, der noch für etliche schon länger Beschäftigte nachwirkt, mit denen die Billiglöhner:innen Seite an Seite täglich zusammen arbeiten.

Auf der Kundgebung bezeichnete es die Gesundheitssenatorin Kalayci (SPD) als Fehler, dass die Tochterfirmen nicht dem TVÖD angeschlossen sind. Diese Erkenntnis erfolgt reichlich spät, vielleicht auch beflügelt davon, dass sie weiß, dem nächsten Senat wird sie nicht mehr angehören. Die Berliner Regierungskoalition hatte in ihrer Koalitionsvereinbarung versprochen, den Pflegeberuf attraktiver zu machen durch bessere Arbeitsbedingungen und angemessene Bezahlung. Davon ist herzlich wenig zu sehen.

Die Wiedereingliederung der Therapie-GmbHs »Charité Physiotherapie und Präventionszentrum« (CPPZ) und »Vivantes Therapiedienste« (VTD) zeigt, wieviel Zeit sich die Politik lässt. Der Senat hatte den entsprechenden Beschluss im April 2019 gefasst. Am 1.1.2020 wurden diese beiden Töchter zurückgeführt. Aber für eine andere Tochter, die Vivantes Reha, gilt dies nicht. Deshalb streikten deren Beschäftigte am 12.5. und demonstrierten zum Versammlungsplatz, wo sie sehr begeistert begrüßt wurden.

Schluss mit dem Profitsystem im Gesundheitswesen

In der Pandemie haben sich noch einmal die strukturellen Unzulänglichkeiten der öffentlichen Gesundheitsversorgung gezeigt, Krankenhäuser können nicht dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit verpflichtet werden. Das geht entweder auf Kosten der Patient:innen oder der Beschäftigten, meist auf Kosten beider. Seit neoliberales Denken in der herrschenden Politik alle Bereiche der öffentlichen Daseinsversorgung dem Profitdenken unterworfen hat und seit ca. 20 Jahren das Regime der Fallpauschalen die Krankenhäuser endgültig zu Wirtschaftsbetrieben gemacht hat, wird an allem gespart, was keinen Gewinn bringt: Personal, Zeit für Patienten, Therapien seltener Erkrankungen, Behandlung nicht versicherter Patient:innen, gesundes Krankenhausessen usw. Es wird nicht gefragt, wie helfen wir dem Patienten/der Patientin, sondern was bringt uns der Patient/die Patientin. Macht das Bett frei für den nächsten großen operativen Eingriff! Ein Kaiserschnitt ist lukrativer als eine natürliche Geburt, die evtl. viel Zeit und Zuwendung erforderlich macht. Dass Krankenhäuser Gewinne erwirtschaften müssen, diese Logik wollen die ver.di-Kolleg:innen mit ihrem Ultimatum durchbrechen. Dafür verdienen sie Beachtung und Unterstützung, denn mehr von ihnen ist mehr für alle (in Abwandlung des Slogans der Kundgebung »Mehr von uns ist mehr für alle«).

R.B., 01.06.2021 ■

Hört auf uns!
(Slogan der Hamburger Krankenhausbewegung)

Der Intensivpfleger Ricardo Lange ist als LeasingBeschäftigter auf verschiedenen Stationen Berliner Krankenhäuser tätig. Kürzlich kam er auf Einladung Spahns in der Bundespressekonferenz zu Wort. Superidee des Ministers, könnte man denken, endlich mal einer von uns. Aber einige Tage zuvor hatte sich Lange im 'Tagesspiegel', der ihn regelmäßig zu den Problemen der Pflege interviewt, beschwert, dass er als Beschäftigter monatelang erfolglos um einen Termin beim Minister nachgesucht habe, prominente Schauspieler:innen mit ihrer Alles-dichtmachen-Aktion aber sofort ein öffentliches Gesprächsangebot erhalten hatten. (Hat Herr Spahn sein Herz für die Pflegekräfte vor oder nach der Lektüre des 'Tagesspiegels'entdeckt?)

Kundgebung am 12. Mai 2021 vor dem Roten Rathaus

■ IMPRESSIONEN VON DER KUNDGEBUNG:

Krankenhausarbeit ist Teamwork – Widerstand ebenfalls

Am eindrucksvollsten für mich – und sicherlich für viele Unterstützer:innen – waren die Reden, in denen die Beschäftigten der Krankenhäuser ihren Arbeitsalltag schilderten. Eigeleitet wurde die Kundgebung von Jeanine Sturm, Pflegerin auf einer Covid-Intensivstation an der Charité: *»Meine Kolleg:innen und ich geben in dieser Pandemie jeden Tag 200 Prozent. Doch die Berliner Krankenhäuser befinden sich schon viel, viel länger in einem Ausnahmezustand. Es reicht nicht mehr nur zu klatschen; jetzt müssen Taten folgen. [..] Wir sind Kolleg:innen aus den verschiedensten Berufsgruppen und arbeiten eng, wie Zahnräder, zusammen und machen erst gemeinsam die Betreuung der Patient:innen möglich. Und deswegen kämpfen wir auch gemeinsam, Seite an Seite.«* Danach stellte Jeannine Sturm die Forderungen vor und endete mit den Worten: *»Ich habe mich der Berliner Krankenhausbewegung angeschlossen, weil ich nicht mehr andauernd mit dem Gefühl nach Hause gehen möchte, irgend etwas übersehen zu haben, und dadurch meinen Patient:innen eventuell sogar geschadet zu haben. Ich möchte meine Patient:innen in ihrer Angst nicht mehr alleine lassen, weil ich einfach keine Zeit für sie habe. Ich möchte in Zukunft nicht mehr sehen, wie meine Kolleg:innen aus dem Beruf fliehen, schlicht weil sie dem Druck nicht mehr standhalten können.«*

Die folgenden Redner:innen verdeutlichten die Zustände an den Krankenhäusern, die gekennzeichnet sind durch Personalmangel, Überlastung, Outsourcing und Niedriglöhne.

So schildert eine Pflegkraft in der Rettungsstelle des Humboldt-Klinikums stellvertretend für ihre Kolleg:innen den Arbeitsalltag in einer unterbesetzten Schicht der überfüllten Notaufnahme. *»Wir sind drei Kolleginnen, sechs sollten wir sein, aber dies ist meiner Meinung nach auch zu wenig.«* Die weitere Schilderung des Schichtalltags, in dem sie den Notfallpatient:innen nicht gerecht werden konnte, geht unter die Haut, verbunden mit dem Wusch, selbst nie zum Notfall in einer Rettungsstelle zu werden. *»Sollte in so einem unterbesetzten Dienst, liebe Berlinerinnen und Berliner, ihr Opa oder ihre Oma in unsere Rettungsstelle oder die eines anderen Krankenhauses kommen und hinten im Wartebereich auf einer Liege still versterben, kann ich fast garantieren, dass dies für Stunden niemand mitbekommen wird.«*

Eine Reinigungskraft der Tochterfirmen von Vivantes berichtet unter Beifall: *»Hygiene ist ein Muss, aber wir werden schlecht bezahlt, wir werden nicht gehört und nicht gesehen. Aber heute seht ihr uns und heute hört ihr uns. […] Während der Pandemie sind unsre Jobs immer härter und anstrengender geworden. Wir sind immer unter Zeitdruck, jeden Tag.«* Dann berichtet sie, dass die Kolleg:innen täglich eine Stunde früher anfangen, um die Arbeit zu schaffen und dies ohne Bezahlung, aus Angst vor dem Ärger mit Vorgesetzten und aus Angst um den Arbeitsplatz. *»Deshalb müssen wir kämpfen; es geht nicht anders. Alles wird teurer, Mieten, Essen, Strom, Heizung und wir arbeiten zum Mindestlohn. Deshalb fordern wir TVÖD für alle. Wir Reinigungskräfte wissen, was Überlastung heißt. Deshalb stehen wir hier für einen Tarifvertrag Entlastung. Wir Reinigungskräfte stehen hier, damit wir überhaupt unsere Miete bezahlen können. Wir wissen, ihr steht hinter uns. Wir machen das alles zusammen, die Charité, Vivantes und die Töchterfirmen. Wir wissen, Krankenhausarbeit ist Teamwork; wir sind ein starkes Team, wir halten alle zusammen. Und jetzt müssen wir zusammen kämpfen!«*

Es folgen noch zahlreiche Beiträge über die katastrophalen Zustände in den Krankenhäusern. So schildert eine ehemalige Oberärztin aus dem Neuköllner Vivantes-

Krankenhaus die wichtige Funktion der Pflegekräfte, die als erste zu den Patienten gerufen werden. Erst danach wird der Arzt/die Ärztin hinzugezogen. Aber was passiert, wenn nur eine Pflegekraft in der Nachtschicht für 30 Patient:innen zuständig ist, wenn es gleichzeitig aber zwei oder mehreren schlecht geht? Die Pflegekraft kann sich nicht teilen. Die ärztliche Hilfe kommt dann so spät, dass oft nichts anderes bleibt als die Verlegung auf die Intensivstation oder es lässt sich gar nichts mehr machen. Dies alles ließe sich mit einer höheren Ausstattung an Pflegekräften verhindern.

Danach ergreift Klara Sommer, Auszubildende im dritten Lehrjahr, das Wort. *»Ich habe in meinem Kurs eine kleine Umfrage gestartet. Wollt ihr nach dem Examen als Pfleger:in arbeiten? 80 Prozent erklärten, sie wären danach weg, sie hätten keinen Bock mehr.«* Grund seien die Arbeitsbedingungen, die sie während ihrer Ausbildung kennengelernt hätten. *»Es sind seit vielen Jahren schon die Auszubildenden, die den Pflegmangel kompensieren müssen.«* Sie schildert aus eigenen Erfahrungen, wie sie in einer Frühschicht die fehlende examinierte Fachkraft ersetzen musste. *»Ich bin nach Hause gegangen. Ich war fix und fertig. Und noch heute hängt mir das Gefühl nach, ich habe Menschen versorgt wie in einer Legebatterie, wie Hühner in einem Stall. Ich schäme mich dafür.«*

Danach berichtet Denise, Hebamme im Vivantes-Klinikum Friedrichshain, über die Bedingungen in den Kreissälen, in denen Personalmangel und Arbeitshetze eine beruhigende und fachgerechte Begleitung der werdenden Mütter unmöglich macht. Wie sie kurz vor der Geburt ihre Patientin alleine lassen muss, weil im Kreissaal nebenan ebenfalls eine Geburt unmittelbar bevorsteht.

Anschließend berichtet ein Kollege von Vivantes Ambulante Reha von ihrem heutigen Warnstreik. Verschiedene Berufsgruppen tragen dazu bei, die Patient:innen wieder fit zu machen für das Arbeitsleben. Aber wie auch in anderen Töchtern von Vivantes gilt auch der TVÖD bei ihnen nicht. So gibt es Lohnunterschiede zum Mutterkonzern von bis zu 1.300 Euro monatlich. Es gibt bei ihnen Kolleg:innen, die nach 40 Dienstjahren gerade mal den gesetzlichen Mindestlohn erhalten.

In den vergangenen Wochen hatten die Aktivist:innen mit den Kolleg:innen auf ihren Stationen diskutiert, die Forderungen vorgestellt und begründet. Nach der Rede der Bundesfachbereichsleiterin in ver.di präsentierte Silvia Habekost, Pflegekraft im Vivantes Klinikum Friedrichshein, das Ergebnis der gewerkschaftlichen Mobilisierung: *»Ich stehe hier als eine von 8.397 Kolleginnen und Kollegen von Charité, Vivantes und Tochterunternehmen, als eine aus 377 Teams, die diese Petition unterschrieben haben. Das sind 63 Prozent der Kolleginnen und Kollegen und damit eine deutliche Mehrheit. Es sind nicht nur Unterschriften, es sind Kolleginnen und Kollegen, die sich entschieden haben, jetzt bewusst zu handeln.«*

Nach dieser Bilanz der gewerkschaftlichen Mobilisierung kamen die Vertreter der drei Koalitionsparteien und die Gesundheitssenatorin Dilek Kalayci zu Wort. Sie bekannte sich zu den *»Sünden der Vergangenheit«* durch die Politik. Unter Buhrufen verwies sie auf die Verantwortung des Bundes für einen Pflegeschlüssel. Danach bekundeten die Vertreter der Regierungsparteien verbal ihre Solidarität mit den Beschäftigten, ohne allerdings konkrete Zusagen zu machen. Wir sind halt schon im Wahlkampf. Höflich haben sich die Teilnehmer:innen der Kundgebung die Reden angehört und anschließend die Parteienvertreter mit den folgenden Worten verabschiedet: *»Viele von uns sind schon lange im Beruf und hören immer die gleichen Worte, ohne das sich was geändert hat. [..] Deshalb gilt ab heute das 100-Tage-Ultimatum. […] Gibt es keine zufriedenstellende Lösung, sind die Kolleg:innen bereit – dies haben sie mit der Petition gezeigt – in den Streik zu treten, vier Wochen vor der Wahl.«*

A.B., 01.06.2021 ■

Die gewerkschaftliche und politische Mobilisierung wird aufrecht erhalten

Der 12. Mai war nur ein vorläufiger Höhepunkt der Mobilisierung. Seither vergeht keine Woche, in der nicht die Berliner Krankenhausbewegung mit weiteren Aktionen versucht, den Druck auf die Leitungen von Vivantes und Charité sowie den Berliner Senat aufrecht zu erhalten und zu erhöhen. So fanden und finden weiterhin gut organisierte Kundgebungen vor den Standorten der Krankenhäuser in den einzelnen Stadtbezirken statt. Dutzende Beschäftigte der jeweiligen Kliniken nahmen in ihrer dienstfreien Zeit daran teil. Mit besonderem Applaus begrüßten sie die Redner:innen, die sie persönlich aus ihrem Arbeitsbereich kannten und die eindringlich die Arbeitsbedingungen auf den Klinik-Stationen schilderten und die Berechtigung und Dringlichkeit der aufgestellten Forderungen vermittelten. So zeigte sich durch die Stadtteil-Kundgebungen die Breite und Kraft der gewerkschaftlichen und politischen Mobilisierung.

An den Kundgebungen nahmen, neben den Krankenhausbeschäftigten, auch eine Reihe von Unterstützer:innen teil. Sie kamen aus den verschiedenen Initiativen des Gesundheitswesens; aber auch einzelne Gewerkschafter:innen der IGM, IG BAU und GEW nahmen teil sowie die Initiative für das Volksbegehren »Deutsche Wohnen & Co enteignen!«. Nach den Beschäftigten aus dem Gesundheitswesen kamen die Initiativen zur Unterstützung ihres Kampfes zu Wort. Vor dem Krankenhaus Neukölln solidarisierte sich beispielsweise eine Abordnung von »Tasmania 1900 Berlin« mit der Krankenhausbewegung. Tasmania ist vor allem im Bezirk Neukölln bekannt und beliebt, und bundesweit bekannt durch die bis heute schlechteste Punktebilanz einer Mannschaft aus der Bundesligasaison 1965/66.

Gegen Ende der Kundgebungen erhielten die Vertreter der örtlichen Parteigliederungen das Wort – oft Mitglieder und Kandidaten des Bezirks für das Abgeordnetenhaus oder den Bundestag. Angesichts der geschilderten Zustände und der Entschlossenheit der Krankenhausbeschäftigten bekannten sie sich verbal zu den aufgestellten Forderungen und wagten es meist nicht, ihre Unterschrift auf den ausgelegten Unterstützungslisten zu verweigern.

A.B., 16.06.2021 ■

Kundgebung vor der Charité im Wedding am 6. Juni 2021

Beispiel Krankenhaus Benjamin Franklin in Berlin Steglitz

Am 16. Juni trafen sich die Aktivist:innen der Krankenhausbewegung vor dem Krankenhaus Benjamin-Franklin in Berlin Steglitz, um auch in diesem Stadtteil ihren Protest gegen die schlechten Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen vorzubringen. Das Krankenhaus in Steglitz war das zentrale Krankenhaus für die Stadt zu Westberliner Zeiten, wurde aber nach dem Anschluss der DDR in die Charité integriert. Es ist der Freien Universität angeschlossen und so nicht nur für die Grundversorgung der in den westlichen Teilen der Stadt lebenden Bevölkerung der Stadt zuständig, sondern auch Lehrkrankenhaus.

An der Kundgebung vor dem Eingangsportal des Klinikums nahmen knapp zweihundert Beschäftige und einige wenige Unterstützer teil. Die ersten Beiträge wurden von Kolleg:innen gehalten. Sie machten vor allem auf ihre schwierige Arbeitssituation aufmerksam. Alle fühlten sich durch die schlechte Personalausstattung in der Pflege überfordert und gaben an, dass sie ständig am Rande der Erschöpfung arbeiteten. Besonders eindrucksvoll war die Schilderung einer Kollegin aus dem Bereich der Intensivmedizin. Sie wies darauf hin, dass sie nie eine optimale Versorgung der Patient:innen leisten könne. Ständig müsse sie Abwägungen treffen, welcher Patient vorzuziehen sei, wohl wissend, dass dies zu lebensbedrohlichen Problemen bei den zurückgestellten Patient:innen führen könne. Dies belaste sie nicht nur körperlich, da sie sich kaum eine Ruhepause gönnen könne, auch seelisch sei sie wie ihre Kolleg:innen ständig bis an die Grenze des Möglichen strapaziert. Sie gehe fast jeden Tag mit dem Gefühl nach Hause, die ihnen anvertrauten Patient:innen nicht ausreichend versorgt zu haben. Besonders schlimm sei dies im Spätdienst, wenn man genau wisse, dass der Nachtdienst unterbesetzt sei und allenfalls eine Notversorgung leisten könne. Wer unter diesen Bedingungen nicht nach Ende der Arbeitszeit abschalten könne, lande früher oder später in einer ausweglosen Krise. Und diejenigen, die zwischen Arbeit und Freizeit gut trennen können, hätten das Problem, dass sie von ihrer Arbeit derart erschöpft seien, dass ein normales Freizeitleben kaum mehr möglich sei. Freunde, Kinder und Familie litten mit.

Bei den folgenden Redebeiträgen, die von Unterstützern gehalten wurde, fiel besonders die Rede des Seniorenvertreters des Bezirks, einem gewähltes Gremium, auf. Er hob hervor, dass insbesondere die älteren Mitbürger auf eine gute Krankenversorgung angewiesen seien. Gerade für sie müsse Zeit eingeplant werden etwa für ein einfühlsames Gespräch, da nicht alle ihre Probleme durch die Hochtechnologiemedizin gelöst werden könnten. Steglitz, der Stadtteil mit dem höchsten Altersdurchschnitt aller Berliner Bezirke, brauche noch dringlicher als andere eine gute Krankenversorgung, die nur über ausreichende Personalausstattung der Kliniken sichergestellt werden könne.

Der Vertreter von ver.di wies darauf hin, dass die Bewegung ihre genauen Ziele noch formulieren müsse. Nach den derzeit laufenden Diskussionen an der Basis werde man sich Anfang Juli im Stadion von Union Berlin auf einen gemeinsamen Forderungskatalog einigen. Die gewerkschaftliche Organisierung mache derzeit große Fortschritte, müsse aber angesichts der schlechten Ausgangssituation in den nächsten Wochen noch deutlich verbessert werden. Er zeigte sich aber optimistisch, da in den bisherigen Umfragen zur Arbeitssituation etwa zwei Drittel der Beschäftigten Zustimmung zur Forderung eines Entlastungstarifvertrages signalisiert habe. Er erinnerte daran, dass die derzeitige Bewegung an den Krankenhäusern zwei Grundforderungen habe. Einmal die Verbesserung der Personalsituation in der Pflege durch

einen Entlastungstarifvertrag, zum anderen die Tarifierung aller in den Krankenhäusern Berlins beschäftigten Kolleg:innen unter den TVöD. Hier gebe es etwa beim Klinikum Vivantes und beim sog. Labor, das u.a. für die Krankenhäuser der Stadt die COVID 19 Analysen durchführt, noch erheblichen Handlungsbedarf.

Den Gegenpart zu den Ausführungen des Gewerkschaftsvertreters nahm Finanzsenator Kollatz in der folgenden Runde der Parteienvertreter ein. Er sprach auch für die SPD. Kollatz wies darauf hin, dass der aktuelle Senat sich zum Ziel gesetzt habe, tariffreie Zonen im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen abzuschaffen. Er blieb aber die Antwort schuldig, weshalb dies trotz des Konsenses darüber in der Senatskoalition noch nicht umgesetzt sei. Zu der speziellen Forderung eines Entlastungstarifvertrages wies er darauf hin, dass dafür nicht die Klinken selber zuständig seien, sondern der Kommunale Arbeitgeberverband. Der aber, dies sagte er nicht, hat vom Gesamtverband zwischenzeitlich die klare Anweisung erhalten, dass kommunale oder regionale Vereinbarungen zu dieser Frage bei Strafe von Sanktionen des Verbandes nicht abgeschlossen werden dürfen, sondern nur eine bundesweite Regelung möglich ist. Dies macht deutlich, dass die Forderung der Beschäftigten mittlerweile auf höchster Ebene angekommen ist und ernst genommen wird. Es macht aber auch klar, dass eine akzeptable Vereinbarung nur abgeschlossen werden kann, wenn die Mobilisierung über die einzelnen Großstädte hinaus die gesamte Republik erfasst. Die Berliner haben durch ihren Ansatz schon ihren Beitrag geleistet. Jetzt kommt es darauf an, ihn zu verbreitern.

Die andere Parteien erklärten sich, wie vor den Wahlen nicht anders zu erwarten war, solidarisch mit den Forderungen der Krankenhausbeschäftigten, wobei die Verterin der Linken noch mit Abstand die klarsten Aussagen traf. *H.B., 18.06.2021* ■

Hamburger Krankenhausbewegung startet Offensive für Entlastung

Am 16. Juni 2021 organisierte die Hamburger Krankenhausbewegung per Zoom eine Stadtversammlung. ***»Entlastung – wann wenn nicht jetzt«*** lautete es in der Einladung. Zunächst gab es eine Übersicht über die Lage in verschiedenen Krankenhäusern der Hansestadt, die sich kaum unterschieden von entsprechenden Schilderungen aus Berlin. Die Lage ist gekennzeichnet durch die Flucht aus dem Beruf und die politische Ingnoranz des Hamburger Senats, so die Berichte z.B. auch aus der Asklepios Klinik St. Georg. Die Klinik wurde durch die versuchte Entlassung von Romana Knesevizs stadtbekannt. Der stadtweite Widerstand förderte die Stärkung und Profilierung der Hamburger Krankenhausbewegung.

Nach den Klinik-Berichten sprachen zwei Kollegen aus der ver.di-Betriebsgruppe am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE) zu ihren konkreten gewerkschaftlichen Vorgehen bei der Aufstellung von Forderungen nach Entlastung. Ergänzt wurde dieser Erfahrungsbericht durch eine Kollegin der Berliner Krankenhausbewegung, die von den Erfahrungen aus der Hauptstadt berichtete und Vertreter:innen aus Hamburg einlud zu einer größeren Delegiertenversammlung der Beschäftigten von Vivantes und Charité. Sie findet am 9. Juli – coronagerecht – im Fußballstadion von Union statt. Der Verein hat der Krankenhausbewegung sein Stadion zu Verfügung gestellt.

Der Schauspiler Rolf Becker, ver.di-Mitglied in Hamburg, sprach in seiner Rede an, worum es auch den zahlreichen Unterstützer:innen aus der Stadtgesellschaft geht, wie beispielsweise den Vertrauensleuten der Hochbahn, der Lufthansa Technik oder der Stadtteilinitiative St. Georg:

»Schluss mit dem Profitsystem im Gesundheitswesen

Krankenhäuser können nicht dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit verpflichtet werden. Das geht entweder auf Kosten der Patientinnen und Patienten oder der Beschäftigten, meist zu Lasten beider.

Seit neoliberales Denken in der herrschenden Politik alle Bereiche der öffentlichen Daseinsversorgung dem Profitdenken unterworfen hat und seit ca. 20 Jahren das Regime der Fallpauschalen die Krankenhäuser endgültig zu Wirtschaftsbetrieben gemacht hat, wird an allem gespart, was keinen Gewinn bringt:

Personal, Zeit für Patienten, Therapien seltener Erkrankungen, Behandlung nicht versicherter Patientinnen und Patienten, gesundes Krankenhausessen usw. Es wird nicht gefragt, wie helfen wir der Patientin bzw. dem Patienten, sondern was bringen uns die Patienten. Resultat dieser Politik: Laut ARD-Nachrichten von heute vergrößerte sich der Profit der privatisierten Krankenhäuser im Vergleich zum Vorjahr während der Pandemie um 15 %!

Betten frei machen für den nächsten großen operativen Eingriff, ein Kaiserschnitt ist lukrativer als eine

natürliche Geburt, usw. Dass Krankenhäuser Profite erwirtschaften müssen – diese Logik wollen wir als ver. di-Mitglieder mit der Unterstützung der Krankenhaus-Beschäftigten und des Pflegepersonals durchbrechen.

- *Die bisherige Zurückhaltung fast aller Gewerkschaften, denen die Entwicklung des Krankenhauswesens so vertraut ist wie uns, hat ihre Ursache in ihrer vor 20 Jahren erteilten Zustimmung zur Privatisierung des Gesundheitswesens. Zeit zur Umkehr, entsprechend unsere Forderungen:*
- *Beseitigung der Fallpauschalen!*
- *Rückführung ausgegliederter Töchter in das Mutterunternehmen!*
- *Erhöhung des Einkommens und des Betreuungsschlüssels der Pflegekräfte!*
- *Mehr Einstellungen – statt durch schlechte Arbeitsbedingungen und Sparmaßnahmen aus dem Beruf drängen!*

Die Rückführung von Gesundheit und Pflege aus dem marktorientierten Profitsystem in eine staatliche Daseinsvorsorge ist nur durch den gemeinsamen Einsatz aller Gewerkschaften möglich!

Für ihren Widerstand verdienen die Krankenhaus-Beschäftigten gewerkschaftliche und gesellschaftliche Unterstützung: Mehr von Ihnen ist zugleich mehr für uns alle!

'HÖRT AUF UNS'«

Manifest für würdige Bedingungen in unseren Krankenhäusern

Wir bleiben und kämpfen, denn es muss sich alles ändern! Wir dürfen uns an den Notstand in der Versorgung unserer Patientinnen und Patienten nie gewöhnen. Wir dürfen uns niemals daran gewöhnen, dass der Personalmangel uns zu gefährlicher Unterversorgung zwingt, dass wir Medikamente zu spät geben oder dass Patientinnen und Patienten alleine sterben müssen.

Die Pandemie hat für viele Kolleginnen und Kollegen das Fass zum Überlaufen gebracht. Von Politik und Arbeitgebern im Stich gelassen, häufig ohne ausreichenden Schutz für sich selbst und die Patientinnen und Patienten, sind viele weit über ihre Grenzen gegangen.

Jetzt müssen wir zusehen, wie die Besten gehen, weil sie nicht mehr können. Wir werden weniger statt mehr! Wir kennen die Gründe dafür:

- Ein Finanzierungssystem, das Einsparungen, Fusionen, Krankenhausschließungen und Gewinnmaximierung befördert.
- Fehlende Regelungen zur Personalbemessung, ohne die die Berufsflucht nicht aufzuhalten ist!

Nur solche verbindlichen Regelungen können uns Sicherheit geben, jetzt und in Zukunft unseren Beruf so ausüben zu können, wie es unserem beruflichen Selbstverständnis entspricht.

Aber die politisch Verantwortlichen in Hamburg heben nur die Hände und erklären uns, sie können nichts tun. Wir akzeptieren diese Gründe für den Notstand in der Versorgung unserer Patientinnen und Patienten nicht länger.

- Wir bleiben, solange wir noch können, und kämpfen!
- Wir kämpfen um menschenwürdige Versorgung unserer Patientinnen und Patienten und dafür, dass in den Kliniken das Wohl der Menschen statt der Taschenrechner Priorität hat. Wir wissen, dass wir in diesem Kampf nicht allein sind:

160 Menschen aus den verschiedensten Bereichen dieser Stadt haben sich im Februar in Videoversammlungen versprochen, Seite an Seite gegen Einschüchterungen kritischer Kolleginnen und für menschenwürdige Bedingungen an unseren Krankenhäusern zu kämpfen.

Unser gemeinsamer Kampf ist in diesen Tagen notwendiger denn je.

Wir sehen die Vielen in dieser Stadt, die aufgrund der Pandemie gerade existenziell bedroht sind, weil staatliche Hilfen vor allem den Unternehmern zugutekommen.

Wir sehen den Widerspruch zwischen einschränkenden Maßnahmen im privaten Leben und unzureichendem Infektionsschutz in den Betrieben.

Wir erleben, wie Eigentumsschutz bei Impfpatenten wichtiger ist als der Gesundheitsschutz.

Das muss sich alles ändern, um Menschenleben zu retten. Der gemeinsame Kampf um eine würdige Gesundheitsversorgung ist ein wichtiger Teil davon, und wir laden alle ein, sich daran zu beteiligen.

Weil sich alles ändern muss in unserem Gesundheitssystem, gehen wir jetzt in den ersten Hamburger Kliniken in die tarifliche Entlastungsbewegung.
Wir nehmen die Bedingungen selber in die Hand.

Alle Unterstützenden dieses Manifests sind Teil dieser Bewegung und nehmen auch die Hamburger Regierung in die Pflicht,

- als Arbeitgeberin im UKE,
- als Anteilseignerin bei Asklepios
- und in ihrer Verantwortung für Kontroll- und Regelungspflichten.

Geht endlich mit uns Beschäftigten darüber ins Gespräch, dass es würdige Bedingungen in unseren Krankenhäusern braucht!

Kundgebung der Belegschaft in der Friedrichstraße vor dem Kaufhaus von Dussmann, einem der CFM-Gesellschafter, während des Streiks im November 2011

Tarifabschluss bei der CFM, Berlin

Ende März haben die gewerkschaftlich organisierten Kolleg:innen der CFM (Charité Facility Management) in einer Urabstimmung den vorliegenden Tarifverträgen (Entgelt-, Mantel-, Sondertarifvertrag) mit 97,3% zugestimmt und so für ein vorläufiges Ende des seit nunmehr zehn Jahre dauernden Konfliktes über die Regelung ihrer Löhne und Arbeitsbeziehungen bei der Tochtergesellschaft der Charité gesorgt[1].

Nach der Zuspitzung des Konfliktes im August 2020, über die wir in der Arpo berichtet hatten[2], kam es im September zur Wiederaufnahme der Tarifverhandlungen zwischen ver.di und der CFM.

Aber auch diese führten zu keiner Vereinbarung, weil sich die Unternehmensleitung nicht entscheidend bewegte. Sie versuchte weiterhin einen Abschluss weit unter den Regelungen des TVöD durchzusetzen. Die Geschäftsführer der CFM verschärften den Konflikt sogar noch, indem sie Mitte Oktober zwei Mitgliedern der Verhandlungskommission wegen sexueller und rassistischer Äußerungen kündigten und einem Mitglied derselben einen Auflösungsvertrag anboten[3].

Ver.di brach darauf die Verhandlungen ab und drohte erneut mit Arbeitskampfmaßnahmen. Die Situation war derart verfahren, dass nur noch ein von außen kommender Schlichter Abhilfe schaffen konnte. Vermutlich mit Rückendeckung der Senatsparteien wurde für diese Aufgabe der altgediente Ex-Ministerpräsident von Brandenburg, Matthias Platzeck, benannt. Die Zeit lief den Koalitionären davon, denn bei einem erneuten Streik hätten qualifizierte Tarifverträge kaum bis zum Ende der Senatskoalition im September 2021 vereinbart werden können.

Nach zähen Verhandlungen hinter verschlossenen Türen kam dann Anfang des Jahres 2021 ein von beiden Seiten akzeptiertes Ergebnis zu Stande.

Zu den Regelungen im Einzelnen

Nimmt man die Ausgangssituation von vor zehn Jahren als Maßstab, so hat sich die Einkommenssituation der Beschäftigten deutlich verbessert. Von ursprünglich etwa 6,00 Euro hat sich ihr Stundenlohn im Laufe ihres Kampfes über den gesetzlichen bis zum Berliner Mindestlohn (12,50 Euro) für Berufsstarter bei einfachen Tätigkeiten mehr als verdoppelt. Die Zuordnung der Tätigkeiten zu den Gehaltsstufen ist nunmehr festgelegt, so dass eine willkürliche Bezahlung nicht mehr vorkommen kann. Außerdem gibt es in jeder der Gehaltsgruppen Stufenregelungen, nach denen der Lohn gestaffelt nach Berufsjahren noch dreimal steigt.

Die Arbeitszeit ist für alle wöchentlich auf 39 Stunden begrenzt. Hinzu kommen noch früher nicht gezahlte Zuschläge für Nachtarbeit sowie eine Erhöhung der Urlaubstage auf max. 30. Zukünftig wird auch ein Weihnachtsgeld in Höhe von 400 Euro bezahlt. Sieht man einmal von dem in einem Sondertarifvertrag festge-

1 Zur Vorgeschichte vgl. Kalle Kunkel: Der Aufstand der großen Tochter Facility Management der Charité, in: Seppelt, Niemerg u.a.: Der Aufstand der Töchter, Hamburg 2018, S. 159ff.

2 Vgl. Arpo 3-4/20

3 Was genau hier vorgefallen ist, können wir von außen nicht beurteilen und schon gar nicht bewerten. Alle, die näheres wissen, halten sich aus naheliegenden Gründen mit öffentlichen Äußerungen zurück. Bekannt ist lediglich, dass die Mehrheit des Betriebsrates nach heftigen Diskussionen einer der Kündigungen zugestimmt hat, wohl gegen den Rat des anwesenden Vertreters von ver.di. Vgl. dazu das Flugblatt des Betriebsrates vom 30.10.2020

schriebenen Bonus für Gewerkschaftsmitglieder in Höhe von 100 Euro ab, handelt es sich insgesamt um solide Tarifverträge.

Kritische Anmerkungen zum Abschluss

Dass die Zufriedenheit über das Ergebnis nicht euphorisch war, lag im Wesentlichen daran, dass die abgeschlossenen Vereinbarungen Haustarifverträge sind. Ihre Laufzeiten weichen von denen des TVöD ab. Die seit Gründung der CFM bestehende Spaltung der Belegschaft in etwa 600 aus der Charité outgesourcten Kolleg:innen, für die weiter der TVöD gilt, und den später eingestellten 2.500 Beschäftigten, die jetzt unter die Haustarifverträge fallen, wird nunmehr zementiert. Dies schwächt die Aktionskraft der Belegschaft für die Durchsetzung der vollständigen Anwendung des TVöD und schwächt den Widerstand, wenn etwa der Arbeitgeber bei veränderten politischen Konstellationen einzelne Regelungen der Haustarife verschlechtern möchte.

Die CFM ist durch die Haustarifverträge auch nicht verpflichtet, ausscheidende Kolleg:innen durch Neueinstellungen zu ersetzen. Welche Folgen das zeitigen kann, ließ sich schon im letzten Frühjahr beobachten. Die CFM vergab Aufträge, die nicht von der CFM erbracht werden konnten, an Fremdfirmen, die im Niedriglohnsektor arbeiten. Da sich die Rahmenbedingungen für die Finanzierung der Leistungen, die die CFM erbringt, nicht ändern werden, blieb bis zum Schluss die Frage offen, wer die Mehrkosten für die Tariferhöhungen zu tragen habe. Der Senat war nicht bereit, diese aus dem Haushalt des Landes zu finanzieren. Schließlich blieben die Kosten bei der Charité hängen. Das Krankenhaus wird also gezwungen sein, an anderen Stellen seines Haushaltes den Rotstift anzusetzen, um die erhöhten Personalkosten für die CFM aufzubringen.

Politische Auswirkungen

Dennoch lässt sich festhalten, dass die Beschäftigten der CFM bundesweit neue Maßstäbe gesetzt haben. Kaum einer anderen Belegschaft der ab dem Jahr 2000 outgesourcten Krankenhausdienstleister ist es gelungen, das Unternehmen wieder komplett in die Hände der kommunalen Gebietskörperschaften zurückzuführen[4] und dann noch einen Tarifvertrag abzuschließen, der von der Struktur her ähnlich dem des TVöD ist.

Drei Punkte waren entscheidend für ihren Erfolg. Der erste war, dass es eine Anzahl von Kolleg*innen gab, die mit der tariflosen Situation im Unternehmen nicht einverstanden waren und sich wehren wollten. Sie konnten nach und nach Teile der Belegschaft in Aktivitäten einbinden und in einer Betriebsgruppe organisieren. Sie schafften es zwar nur maximal ein Drittel der Belegschaft in Arbeitskampfmaßnahmen einzubeziehen, waren aber stark aufgestellt in Schlüsselbereichen der CFM, ohne die das Unternehmen keinen Ertrag erwirtschaften kann. Dies ist auch deshalb herauszustellen, weil von vornherein klar war, dass zwei Gruppen der Belegschaft kaum an den Streiks teilnehmen würden. Einmal die 20% der Kolleg:innen, die bereits einen akzeptablen Tarifvertrag hatten, eben den TVöD, und die befristet Beschäftigten. Die hatten wie in anderen Unternehmen Angst, bei einer Streikteilnahme nach Auslaufen ihres Vertrages nicht weiter beschäftigt zu werden.

Der zweite Punkt ihres Erfolges bestand in der Art ihrer gewerkschaftlichen Organisierung. Sie unterschrieben nicht einfach ein Aufnahmeformular und überließen dann den angestellten Funktionären ihre Interessenvertretung, sondern sie brachten sich als eigenständigen Zusammenhang in die Gewerkschaft ein. Das Verhältnis zwischen der Betriebsgruppe und dem Fachbereich war nicht immer spannungsfrei. Aber beide merkten recht schnell, dass sie voneinander profitierten. Ver.di bekam endlich in dem schlecht organisierten Bereich der Krankenhausbeschäftigten neue Mitglieder und die Betriebsgruppe erhielt Unterstützung in Form von materiellen Zuwendungen, logistischer Hilfestellung und öffentlichkeitswirksamer Pressearbeit.

Von großem Vorteil für ihre Aktivitäten erwies sich der im November 2015 gegründete «Gewerkschaftliche Aktionsausschuss Prekäre Arbeit«[5] . Hier sammelten sich mehrere Betriebsgruppen (Botanischer Garten, Vivantes, Technisches Museum, studentische Mitarbeiter etc.), die ähnliche Probleme hatten wie sie. Alle arbeiteten nach Zerschlagung des Tarifvertrages ÖD und der Ausgliederung ihrer Tätigkeiten in private Dienstleistungsunternehmen. Sie hatten anfangs keine betriebsrätlichen Vertretungen, selten einen Tarifvertrag und, wenn ja, einen, dessen Leistungen weit entfernt von denen des TVöD waren. Durch die Bündelung der Kräfte in der Gewerkschaft erreichten die Fragen der prekären Beschäftigung zunehmend in der politischen Öffentlichkeit der Stadt Berlin Bedeutung.

Und da sind wir beim dritten Punkt, der verantwortlich für ihren Erfolg war, die Politisierung der Auseinandersetzung. Sowohl der Aktionsausschuss wie auch die Kolleg:innen der CFM organisierten eine Reihe von Veranstaltungen und öffentliche Manifestationen mit den Betroffenen, zu denen sie neben Funktionären der Gewerkschaften immer wieder Vertreter der politischen Parteien des Abgeordnetenhauses und des Senates einluden. Sie zwangen so die Teilnehmer zu öffentlichen Stellungnahmen.

Es kristallisierte sich heraus, dass es für ihre Forderungen lediglich bei Grünen, SPD und Linken Sympathie gab. Der energische Einsatz eines Teils der Linken führte schließlich dazu, dass zentrale Forderungen der prekär Beschäftigten in den Koalitionsvertrag 2016 in Berlin aufgenommen wurden[6]. Ver.di als mitgliederstärkste Gewerkschaft Berlins stand hinter ihnen, aber auch der DGB mit ihrer Vorsitzenden Doro Zinke.

Kern des Problems

Dass es dennoch vier Jahre und einer Vielzahl von Demonstrationen, Streiks, etc. bedurfte, bis die Ziele des

4 Zu den wenigen Belegschaften, die das schafften, gehören die Therapeut:innen der Charité. Vgl. dazu Reinhold Niemerg u.a.: Das Ende der Angst – Charité Berlin: Outgesourcte« Therapeut*innen erstreiten ihre Rückführung, Hamburg 2021

5 Vgl. https://www.ga-prekaere-arbeit.de

6 Vgl. Berlin gemeinsam gestalten – Solidarisch, nachhaltig, weltoffen, Die Koalitionsvereinbarung 2016-2021.

Vor fast einem Jahrzehnt: Beschäftigte der CFM auf einer Demonstration während de Arbeitskampfes im, November 2011

Koalitionsvertrages realisiert wurden, ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die Finanzierung der Mehrausgaben für die Aufstockung der Personalmittel im aktuellen System der Krankenhausfinanzierung nicht enthalten sind. Das Fallpauschalensystem lässt eine tarifliche Zahlung der nicht-medizinisch Beschäftigten nicht zu. Jedenfalls dann nicht, wenn die Krankenhäuser profitabel arbeiten müssen. Dies gilt auch für die Krankenhäuser, die noch in den Händen der Gebietskörperschaften sind. Würden sie dauerhaft Defizite aufweisen, würde der Druck auf ihre Privatisierung steigen. Deshalb hat auch die Rekommunalisierung der CFM Anfang 2020 die Lage der Beschäftigten nicht automatisch verbessert.

Der Senat und hier insbesondere der von der SPD gestellte Finanzsenator Kollatz, der rechtlich die Eigentumsinteressen des Landes wahrnimmt, waren nicht bereit, die Tarifverhandlungen durch eine klare Gesellschafteranweisung abzukürzen und den TVöD als Verhandlungsgrundlage zu akzeptieren. Er beharrte darauf, dass die im Koalitionsvertrag niedergeschriebene Formulierung, dass nur eine »Angleichung an den TVöD« anzustreben sei, eingehalten werde. Und da im Koalitionsvertrag nicht einmal dafür ein Termin gesetzt wurde[7], zögerte er im Einvernehmen mit der Unternehmensleitung der Charité die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung bis zum Ende der Legislaturperiode des Senats hinaus.

Für die SPD ergab sich daraus das Dilemma, dass ihre Vertreter auf beiden Seiten saßen. Einige Mitglieder der Fraktion wie Bettina König und Ülker Radziwill unterstützten die Beschäftigten, andere wie Finanzsenator Kollatz und Gesundheitssenatorin Kalayci standen auf der Eigentümerseite.

Unser Fazit

Die KollegInnen der Charité können dennoch stolz auf ihr Ergebnis sein. Sie werden ihre Tarifverträge nur erhalten und sie schließlich im TVöD aufheben können, wenn es auch bei anderen outgesourcten Betrieben im Krankenhausbereich ähnliche Erfolge gibt und der gewerkschaftliche wie politische Druck auf die Rückführung der sog. Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand und der Beendigung aller prekären Beschäftigungsverhältnisse erhalten bleibt.

Da sich aktuell einiges in den Krankenhäusern tut und die in Bewegung gekommenen Beschäftigten die Forderung vertreten, dass alle im Krankenhaus Arbeitenden nach TVöD bezahlt werden müssen, besteht Anlass zum Optimismus.

H.B., 05.06.2021 n

Vor fast einem Jahrzehnt: Beschäftigte der CFM auf einer Wahlkundgebung der Linkspartei im September 2011

7 Zu den »vagen« Formulierungen des Koalitionsvertrages vgl. Arpo 1-2'/7

■ KUNDGEBUNG ZUR ÄNDERUNG DES BETRIEBSVERFASSUNGSGESETZES:

Union Busting stoppen

Unter diesem Motto stand die Kundgebung der Gruppierung ‚aktion ./. arbeitsunrecht' am 20. Mai 2021 vor dem Bundestag, an der ca. 50 Personen teilnahmen.

Anlass war die für diesen Tag im Bundestag angesetzte Debatte zur »Reformierung« des Betriebsverfassungsgesetzes, zu der unter Federführung des Bundesarbeitsministers Heil (SPD) eine Gesetzesvorlage erarbeitet worden war. Es ist die erste Änderung seit der Minireform 2001[1].

Ursprünglich hatte das Gesetzesvorhaben den Titel »Betriebsrätestärkungsgesetz« erhalten[2]. Nach heftigen Protesten der CDU musste Heil seine Gesetzesvorlage überarbeiten3. Unter den Teppich fielen insbesondere Regelungen zum Kündigungsschutz von Wahlinitiatoren und Kandidaten, die erstmals in einer Firma einen Betriebsrat zu wählen versuchen. Gerade deren Absicherung vor einer ordentlichen Kündigung und noch mehr vor einer außerordentlichen, weil die häufig mit Hausverboten verbunden sind und so die Betriebsratsgründung extrem erschwerten, sollte den Kern der Änderungsregelungen darstellen. Ebenso fehlt im Gesetzentwurf eine Verschärfung der Strafbarkeit von Wahlbehinderung und eine Einschränkung der Aktivitäten von Rechtsanwaltskanzleien, die sich auf die Verhinderung von Betriebsratswahlen spezialisiert haben. Dies könne nur mit einer kompletten Verschärfung des § 119 BVerfG geschehen, forderten die Initiatoren der Kundgebung. Bei den Staatsanwaltschaften müssten Sonderabteilungen eingerichtet werden, die sich speziell um solche Delikte kümmerten.

Als Redner trat Benedikt Hoppmann auf, der die Kritik am Gesetzentwurf aus juristischer Sicht vornahm. Er schilderte an einem Beispiel aus seiner rechtsanwaltlichen Tätigkeit, dass Staatsanwälte ein Verfahren eingestellt haben, bei dem sie nach Aufnahme von Ermittlungen zu dem Schluss gekommen sind, dass im vorliegenden Falle eine strafbare Handlungen des Unternehmens wegen Behinderung der Betriebsratsarbeit bestehe. Sie begründeten ihre Einstellungsverfügung mit dem schlichten Hinweis, es läge für eine Verurteilung der Beklagten kein »öffentliches Interesse« vor.

Die Abgeordnete der Bundestagsfraktion der Linken, Jutta Krellmann, betonte in ihrem Beitrag die politische Bedeutung der Abnahme von Betrieben in der Bundesrepublik Deutschland, die einen Betriebsrat hätten. Lediglich in 8% der Firmen existiere noch ein Betriebsrat. Im Westen würden noch 40%, im Osten Deutschlands dagegen nur 36% der Beschäftigten durch Betriebsräte vertreten. Der fraktionslose Bundestagsabgeordnete Marco Bülow aus Dortmund (ehemals SPD) beklagte die Lobbykultur im Parlament und den Fraktionszwang. Beide führten zur absoluten Dominanz der Regierungsparteien und zur Ohnmacht aller, die kritische Beiträge lieferten.

Aus den Reihen der Betroffenen trat ein Betriebsrat von der im sozialen Bereich engagierten Firma »Lebenswelten« auf, der von den Schwierigkeiten einer konsequenten BR-Arbeit berichtete. Ferner schilderte ein BR-Kollege aus dem Siemens-Konzern, dass eine kompromisslose Betriebsratsarbeit wie bei ihm, etwa der Einsatz für die Leiharbeiterkollegen, schnell zu einer Kündigung führe.

Die Beiträge wurden ergänzt durch Berichte von zwei jüngeren Kollegen. Der eine gehörte zum neuen Lieferservice »Gorillas« und will unter dem Namen »Gorillas Workers Collective« mit weiteren aktiven Kolleg:innen einen Betriebsrat gründen, stößt dabei aber auf massive Ablehnung des Arbeitgebers[4]. Der andere kam von der auch in dieser Zeitung hinlänglich bekannten Firma Flaschenpost[5].

Insgesamt war es eine gelungene Veranstaltung, die nur unter mangelndem Zuspruch litt. Von Gewerkschaftsseite waren lediglich zwei Mitglieder der »Jungen GEW« erschienen.

Die Gesetzesinitiative zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes wurde zwar auch in der Gewerkschaftspresse[6] kommentiert und durch Stellungnahmen gegenüber dem Arbeitsministerium begleitet7, doch eine Mobilisierung der Funktionäre und Mitglieder zur Unterstützung der eigenen Positionen durch den DGB und seine Einzelgewerkschaften fand nicht statt.

E.B., H.B., 04.06.2021 ■

1 Vgl. Arpo 1/2001
2 Vgl. zur Kritik Arbeiterstimme 211, S. 18ff.
3 Der ursprüngl. Entwurf ist noch auf der Seite des BMA zu finden.
4 »TELEGRAM kutt,it./gorillas.
5 Vgl. Arpo 3/2021
6 Vgl. verdi.news 7, 15.Mai 2021, S. 3
7 Vgl. die Stellungnahme des DGB zum Gesetzesentwurf vom 12.05.2021

Foto: heba

Foto: heba

■ IMMOBILIENKONZERNE FEIERN, MIETER:INNEN MÜSSEN DIE ZECHE ZAHLEN:

Bundesverfassungsgericht kippt Berliner Mietendeckel

Für den Tag der Urteilsverkündung am Donnerstag, den 15. April 2021, war vorsorglich eine Demonstration mit mehreren hundert Teilnehmenden angemeldet. Am Abend, nur acht Stunden nach der öffentlichen Verkündigung des Urteils gegen den Mietendeckel, fanden sich mehr als 10.000 empörte Berliner:innen am Hermannplatz ein. Sie zogen zum zwei Kilometer entfernten Kottbusser Tor. Als die Spitze des Demonstrationszuges dort ankam, verließen die letzten Teilnehmer:innen gerade den Hermannplatz. Die Empörung richtete sich vor allem gegen die Berliner Oppositionsparteien, CDU, FDP und AfD. Die Bundestagsfraktionen von Union und FDP hatten die Klage gegen den Mietendeckel eingereicht. Dem Netzwerk »Neue Wege für Berlin« – ein Zusammenschluss von Lobbyisten aus der Berliner Industrie und dem Handwerk, von Vertreter:innen der drei Oppositionsparteien (CDU, FDP, AfD) und sogar der Wohnungsbaugenossenschaften – ist es gelungen, den Mietendeckel zu Fall zu bringen. Als Vollstrecker diente das Bundesverfassungsgericht. Wir berichteten über den Berliner Mietendeckel in der Arbeiterpolitik vom April[1] und vom Oktober 2020[2].

Das Urteil der Verfassungsrichter:innen

»Das Gericht hat sich auf die Seite des heiligen Marktes gestellt und gegen uns«, so in einem Beitrag während der Auftaktkundgebung am Hermannplatz. Sozialpolitische Erwägungen oder gar die Auswirkungen für die Mieter:innen in der Hauptstadt spielten für die Urteilsfindung des Bundesverfassungsgerichts keine Rolle. Es begründete seine Entscheidung formal mit der Feststellung bzw. Behauptung, dass durch die »Mietpreisbremse« des Bundes die Länder keine eigene gesetzgebende Vollmacht auf diesem Gebiet besitzen würden; der Berliner Mietendeckel sei somit mit dem Grundgesetz nicht vereinbar.

Dabei hatte sich in den vergangenen Jahren herausgestellt, dass die »Mietpreisbremse« des Bundes den Anstieg der Mieten und die damit verbundene Verdrängung weder stoppen noch abbremsen konnte. Unter dem Druck des wachsenden Widerstandes von Mieter:innen und dem Zulauf für die Initiative »#Gegen Mietenwahnsinn und Verdängung« hatten die Koalitionsparteien das Gesetz zur Deckelung der Mieten in Berlin beschlossen. Die SPD wollte damit zugleich der Initiative zum Volksbegehren »Deutsche Wohnen & Co enteignen« entgegentreten, welches von ihr abgelehnt, von ihren Koalitionspartnern, der Linkspartei und den Grünen, allerdings unterstützt wird.

Die sozialpolitische Dimension des Urteils wird deutlich durch die Anzahl der betroffenen Mieter:innen.

- Ca. anderthalb Millionen Mietverträge wurden durch das Gesetz gedeckelt, d.h. die überwiegende Mehrheit der Berliner Bevölkerung profitierte davon.
- *»In der Verwaltung von Bausenator Sebastian Scheel (Linke) schätzt man, dass 340.000 Berlinerinnen und Berliner ihre Miete wegen des Deckels haben kürzen können. Man gehe davon aus, dass jeder Zehnte in eine finanzielle Notlage geraten könnte, wenn er oder sie auf einen Schlag den Absenkungsbetrag zurückzahlen müsste. Das wären 34.000 Haushalte.«*[3]

Die Entscheidung des Verfassungsgerichtes hat deutlich gemacht, wer der eigentliche Herr im Hause / in der Stadt ist: die Immobilienwirtschaft. Schon wenige Minuten nach Verkündung des Urteils stiegen die Aktienkurse der börsennotierten Immobilienkonzerne. Die ließen die Sektkorken knallen und haben deutlich gemacht, dass sie ihre durch den Mietendeckel entgangenen Ein-

1 https://arbeiterpolitik.de/2020/04/den-nerv-getroffen/
2 https://arbeiterpolitik.de/2020/10/breites-lobby-buendnis-will-den-mietendeckel-des-berliner-senats-kippendie-entscheidung-nicht-allein-den-verfassungsrichtern-ueberlassen/
3 Berliner Zeitung, 18.04.21

nahmen und Gewinne rückwirkend einfordern werden. Beispielsweise die Deutsche Wohnen; sie bietet ihren Mieter:innen verschiedene Möglichkeiten zur Begleichung ihrer Rückforderungen an – von Einmal- über Ratenzahlungen bis hin zu Stundungen. *»Bei sozialen Härtefällen wird das Unternehmen gemeinsam mit den Mietern individuelle Lösungen finden.«* Zugleich betont *der Immobilienkonzern: »Mit diesem Vorgehen handelt die Deutsche Wohnen in völliger Übereinstimmung mit dem Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU), der mehr als 729.000 Wohnungen und damit 44 Prozent des Bestands in Berlin repräsentiert.«*

Verdrängung setzt sich ungebremst fort

Am 26. April 2021 vermeldete der »Tagesspiegel«: *»Die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen ist in Berlin im vergangenen Jahr auf ein Rekordhoch gestiegen. Rund 18.800 Wohnungen waren betroffen, teilte die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen auf Tagesspiegel-Anfrage mit. Im Vorjahr waren es gerade einmal 12.689 Fälle, 2018 gut 12.800 gewesen.«* Und am 10. Mai schieb er: *»Aber am 26. September wird vermutlich ein […] Thema wahlentscheidend sein. Und das gilt – wie kindisch auch immer sich gerade die Berliner Grünen […] oder die Christdemokraten […] aufführen. Dieses Thema heißt: Wohnungsbau, Mieten, Enteignungs-Initiative. Man muss sich nur umhören. Der Zorn, der sich am selbstherrlichen Gebaren und der Mietenpolitik großer Wohnungsunternehmen entzündete, strahlt längst in Bevölkerungsschichten aus, die mit sozialistisch grundierten Begriffen wie Enteignung nie etwas zu tun haben wollten.«*

Ein Urteil mit sozialpolitischem Zündstoff

Für die Initiatoren sollte der Mietendeckel ein Instrument sein, um der weiteren sozialen Spaltung in der Gesellschaft entgegenzuwirken, so ihr politisches Selbstverständnis. Das Instrument wurde ihnen aus der Hand geschlagen – mit Folgen für die sozialen Konflikte und politischen Kontroversen in Berlin. Die Mobilisierung von über 10.000 Menschen innerhalb weniger Stunden – trotz Pandemie und Einschränkungen – zeigt, wie weit verbreitet die Empörung unter den Mieter:innen der Stadt ist. Daran kann auch die Propaganda der Berliner Oppositionsparteien und ihr nahestehender Medien nichts ändern. Die Industrie- und Handelskammer Berlin stellte die Tatsachen auf den Kopf und ließ durch ihren Geschäftsführer Jan Eder erklären: *»Jetzt muss der Senat mit Steuergeldern Mieter retten, die aufgrund der rechtswidrigen Mietendeckel-Politik desselben Senats überhaupt erst in diese Notlage geraten sind.«* Einen Tag nach dem Urteil, am 16. April, schrieb die B.Z. online: *»Die Befürworter des Mietendeckels sind stinkesauer, gute Verlierer sind sie nicht«* und beklagte jede Menge boshafter Kommentare auf Twitter *»nicht gegen den rot-rot-grünen Senat, sondern gegen die 284 Abgeordneten von CDU/CSU und FDP, die die Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht einreichten.«*

Die Unterstellungen von den grundgesetzwidrigen, staatsdirigistischen und planwirtschaftlichen Experimenten der Senatskoalition, zu deren Opfer die Berliner Mieter:innen geworden seien, verfängt nicht. Dies belegen jüngste Umfrageergebnisse, z.B. aus Berlin: *»75 Prozent der Teilnehmer an einer Infratest-Dimap-Umfrage im Auftrag der rbb-Abendschau und der 'Berliner Morgenpost' hatten sich Ende April für einen Bundes-Mietendeckel ausgesprochen.«*[4]

Eine bundesweite Umfrage ergab fast geanauso hohe Zustimmungswerte: *»Konkret lautete die Frage: 'Wünschen Sie sich, dass, nachdem das Bundesverfassungsgericht den Berliner Mietendeckel gekippt hat, eine Bundesregelung beschlossen wird, die regionale Mietendeckel zulässt?' Fast die Hälfte aller Befragten beantwortete diese Frage sogar mit 'Ja, auf jeden Fall', knapp zwölf Prozent sagten 'eher ja'. Nur gut 30 Prozent dagegen lehnten eine regionale Ausgestaltung des bundesweiten Mietrechts ab.«*[5]

10-Millionen-Hilfsfonds des Senats

Am 20. April beschloss der Senat einen Hilfsfonds in Höhe von rund zehn Millionen Euro, um in Not geratene Miere:innen zu unterstützen, die die Rückzahlungsforderungen der Miethaie nicht aufbringen können. *»Die Hilfen sollen als zinslose Darlehen ausgereicht werden und sind im Regelfall zurückzuzahlen. Sollten Mieter unverschuldet nicht in der Lage sein, das Geld zurückzuzahlen, kann das Darlehen in einen Zuschuss umgewandelt und auf dessen Rückzahlung teilweise verzichtet werden.«*[6] Damit wollen die Parteien der Senatskoalition sozialen Druck aus dem Kessel nehmen. Der Steuerzahler wird zur Kasse gebeten, um die Renditeansprüche der Vermieter zu begleichen. Eine schon lang anhaltende Entwicklung, in der die Ausgaben von Kommunen, Städten und Gemeinden für Mieten und Mietzuschüsse wuchsen, weil der Anteil anspruchsberechtigter, armer Bevölkerungsschichten stetig zugenommen hatte. Eine indirekte staatliche Finanzierung der Immobilienkonzerne über die Wohngeldzuschüsse.

Hoffnung: Mietendeckel auf Bundesebene?

Die Parteien der Berliner Koalition – SPD, Grüne, die Linke – erklärten unmittelbar nach ihrer Schlappe vor dem Bundesverfassungsgericht, sie würden sich nun für eine verfassungskonforme Regelung auf Bundesebene einsetzen. Angesichts der momentanen Kräfteverhältnisse im Bundestag gibt es keine Mehrheit für ein solches Vorhaben. Ob sich dies nach den Wahlen ändern wird, steht in den Sternen. Und auch ob die Bundesparteien den Ankündigungen ihrer Berliner Parteigenoss:innen folgen werden, scheint eher unwahrscheinlich.

Die Bundesgrünen, als potentieller Koalitionspartner nach allen Seiten offen, werden ihre Ambitionen wohl kaum wegen der Wahlkampfinteressen ihres eher auf dem linken Parteiflügel angesiedelten Berliner Landesverbandes in Frage stellen. *»Der Vorsitzende der Grünen,*

4 »Tagesspiegel« vom 03.05.21
5 »Welt« vom 20.04.21
6 »Berliner Zeitung« vom 20.4.2021

Foto: Oliver Feldhaus

Foto: Peter Homann/Gegendruck

Robert Habeck, hat am Montag ablehnend auf einen Vorschlag der Berliner Grünen reagiert, einen Mietendeckel für Kommunen und Stadtstaaten bundesweit zu ermöglichen. Es gebe mehrere Änderungsanträge zum Mietendeckel, darunter auch jenen aus Berlin. 'Unsere Formulierung und damit auch meine Meinung ist eine andere', sagte Habeck in einer Pressekonferenz am Montag. […] Man solle sich nicht festlegen auf das Instrument eines Mietendeckels. Bundesgesetzlich wolle er Länder und Kommunen in die Lage versetzen, damit diese 'differenzierte Maßnahmen zur Begrenzung des Mietanstiegs' vornehmen könnten. Ob darunter dann auch ein Mietendeckel falle, ließ er offen.«[7]

Auch die SPD, aus deren Reihen der Vorschlag des Mietendeckels ursprünglich stammte, ist sich in dieser Frage keineswegs einig. Die jüngst als Spitzenkandidatin von der Berliner SPD nominierte Giffey will die Partei weiter nach rechts führen. Sie setzt im Wahlkampf auf das Thema innere Sicherheit, mit der sie im Lager der Oppositionsparteien Stimmen gewinnen will und sich als möglicher Koalitionspartner bei CDU und FDP anbiedert. *»In der Wohnungspolitik setzt Giffey auf Neubau statt Regulierung oder gar Enteignung. Es müsse Schluss sein mit dem 'Gegeneinander' und dem 'Ideologischen' und es sei Zeit für 'ein neues Miteinander', forderte Giffey. Sie wolle – genau wie die Berliner CDU – einen runden Tisch einberufen, 'an dem alle gemeinsam beraten und beschließen, wie wir 20.000 neue Wohnungen im Jahr bauen können', sagte Giffey.«*[8]

Auch unter den Demonstrant:innen fand die Forderung nach einem Mietendeckel auf Bundesebene Zuspruch. Die Voraussetzung wäre die Zunahme des außerparlamentarischen Drucks auf die Regierenden, nicht nur in Berlin, sondern auch in vielen anderen Städten. Der Verabschiedung des Berliner Mietendeckels vorausgegangen waren die Unruhe unter den Mieter:innen der Hauptstadt und die Formierung eines breiten Bündnisses, welches in den Jahren 2018 und 2019 Zehntausende zu mobilisieren vermochte. In der »Arbeiterpolitik« vom Septemeber 2020 schrieben wir: *»Wir sollten die öffentliche Meinung nicht allein dem Lobbynetzwerk 'Neue Wege für Berlin' überlassen. Die Mieter:innen haben keine Lobby, sie sind darauf angewiesen ihre Interessen möglichst massenhaft auf der Straße kundzutun, um wahrgenommen zu werden. Dies wäre auch im Hinblick auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts wichtig.«* Wegen der Pandemie mit ihren Einschränkungen war dies nicht möglich. Die Richter:innen in Karlsruhe konnten ihr Urteil im Sinne der Immobilienwirtschaft ohne entsprechenden Druck der Straße fällen.

»Wenn nicht mit Mietendeckel, dann mit Enteignung«

lautete die Losung auf einem der vielen selbstgemalten Transparente. Die Erwartungen und Bestrebungen richten sich nun auf einen erfolgreichen Abschluss des Volksbegehrens der Initiative 'Deutsche Wohnen & Co enteignen!'. Die Chancen dafür sind nicht schlecht. *»Wir sind weit über dem Soll und damit auf einem sehr guten Weg! Wenn wir 1.700 Aktiven und die vielen weiteren Unterstützer:innen in der Stadt jetzt so weiter machen, dann werden wir bis zum 25. Juni die Mindestzahl von 175.000 gültigen Unterschriften deutlich überschreiten«,* sagt Moheb Shafaqyar, Sprecher der Initiative.

'Deutsche Wohnen & Co enteignen!' ist entstanden aus einem breiten Bündnis der verschiedensten Mieter:innen-Initiativen und mittlerweile berlinweit verankert. Zu seinen Unterstützern gehören auch Gewerkschaften und auf politisch-parlamentarischer Ebene die Linkspartei, die Grünen und auch einzelne SPD-Mitglieder, deren Parteitag sich gegen das Volksbegehren ausgesprochen hatte. Damit hat die Bevölkerung der BRD, sieht mensch von der unmittelbaren Nachkriegszeit ab, das erste mal die Möglichkeit über die Frage der Enteignung von Kapital, konkret der Immobilienkonzerne, abzustimmen. Es wird also am 26. September 2021 nicht nur über die Zusammensetzung von Bundestag und Berliner Abgeordnetenhaus, sondern über eine der wichtigsten sozialpolitischen Forderungen entschieden.

Dem Widerstand gegen den Volksentscheid den außerparlamentarischen Druck entgegensetzen

Zu erwarten ist, dass im Vorfeld des Volksbegehrens die mediale Kampagne von Vertretern der Immobilienwirtschaft, der Arbeitgeberverbände und der Berliner Oppo-

7 »Tagesspiegel« vom 03.05.21
8 »Tagesspiegel« vom 22.04.21

Gemeinsame Erklärung vom 19. April 2021

Den Mietenwahnsinn beenden – Berlin entscheidet 2021!

Nach über einem Jahr Verschleppung hat am 26. Februar 2021 die zweite Stufe des Volksbegehrens der Initiative »Deutsche Wohnen & Co. enteignen« begonnen. Ziel ist die Vergesellschaftung der Berliner Bestände großer privatwirtschaftlicher Immobilienunternehmen. Alle Bestände mit mehr als 3.000 Wohnungen sollen gegen Entschädigung in öffentliches Eigentum überführt werden. Artikel 15 unseres Grundgesetzes ermöglicht diesen Schritt. Nach Jahrzehnten der Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlicher Daseinsvorsorge halten wir als Gewerkschaften, Mietervereine und Organisationen der Zivilgesellschaft ein Umsteuern für notwendig. […] Wir rufen deshalb alle unsere Mitglieder auf, das Volksbegehren mit ihrer Unterschrift zu unterstützen – und selbst Unterschriften zu sammeln. Sprechen Sie ihre Nachbarn, Kolleginnen und Freunde an. Ob am Stammtisch oder im Betrieb – Vergesellschaftung kann nur gelingen, wenn die Stadtgesellschaft sich gemeinsam dafür einsetzt. […]

Berliner Mieterverein, Berliner MieterGemeinschaft, DGB Jugend Berlin-Brandenburg, DIDF, Gemeingut in BürgerInnenhand, GEW Berlin, IG Metall Berlin, Junge IG BAU Berlin, Naturfreunde Berlin, Spandauer Mieterverein für Verbraucherschutz, ver.di Berlin

sitionsparteien zunehmen wird, mit Unterstützung des Regierenden Bürgermeisters. Und auch nach einer möglichen Zustimmung der Wähler:innen zum Volksbegehren ist keineswegs gesichert, dass ein zukünftiger Berliner Senat dem Anliegen nachgeben wird. Die Bedeutung des Volksbegehrens reicht weit über Berlin hinaus. Es wird den entsprechenden Druck durch die Verbände der deutschen Arbeitgeber und Industrie, durch die Bundesregierung und die Parteivorstände der im Bundestag vertretenen Parteien (SPD, Union, Grüne, AfD) auslösen.

Die herrschende Klasse wird alle Hebel in Bewegung setzen, damit ihre Eigentumsverhältnisse nicht in Frage gestellt werden und sei es nur auf dem Immobilienmarkt. »Böses Beispiel soll nicht Schule machen.« Deswegen stemmt sie sich auch gegen alle Versuche, das Gesundheitswesen dem Profit orientierten Markt zu entziehen und wieder in die öffentliche Daseinsvorsorge zurückzuführen. Ein Erfolg des Volksbegehrens würde nicht nur der Bewegung 'Gegen Mietenwahnsinn und Verdrängung' Auftrieb geben, sondern auch dem Kampf der Pflegekräfte im Gesundheitswesen und allen, die sich gewerkschaftlich engagieren und zur Wehr setzen. Das breite Bündnis um 'Deutsche Wohnen & Co enteignen!' bis weit in die Gewerkschaften hinein hat den Senat und die Parteien unter Rechtfertigungsdruck gesetzt, der sich bei einem Erfolg noch verstärken würde. Ein Scheitern dagegen wäre ein Triumph für die Befürworter und Bewahrer der heutigen Zustände in unserer kapitalistischen Gesellschaftsordung.

Wir sollten alles daran setzen, damit die Mehrheit der Berliner Wahlberechtigten am 26. September für die Enteignung großer Immobilienkonzerne stimmt – wohlwissend, dass die Regierenden (der Berliner Senat) den Auftrag durch die Volksabstimmung ignorieren wird, wenn kein entsprechender außerparlamentarischer Druck vorhanden ist.

A.B., 01.06.2021 ■

Foto: heba

Auifbruch zur Fahrrad-Demo ins Villenviertel nach Grunewald Foto: Oliver Feldhaus

■ KORRESPONDENZ: DER 1. MAI 2021 IN BERLIN –

Der Wahlkampf wirft seinen Schatten voraus

»Begonnen hatte der 1. Mai am Vormittag mit einer Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes am Brandenburger Tor – eine Gelegenheit zum Fototermin für Franziska Giffey, SPD-Spitzenkandidatin für die Abgeordnetenhauswahl im September, und Bundesarbeitsminister Hubertus Heil. Harmonischer wurde es an diesem 1. Mai nicht mehr.« Das berichtete der 'Tagesspiegel' am 2. Mai von der DGB-Mini-Kundgebung mit 250 Teilnehmer:innen und dem Wahlkampfauftritt der SPD-Spitzenkandidatin, die als Livestream übertragen wurde. Die Berliner:innen und die Medien nahmen nur wenig Notiz von dieser Demonstration der Harmonie. Sie steht im krassen Gegensatz zu den sozialen und politischen Zuständen in der Hauptstadt.

Auch wenn der DGB auf den traditionellen Maiumzug vom DGB-Haus zum Brandenburger Tor verzichtet hatte; es gab dennoch eine gewerkschaftliche Demonstration. Organisiert wurde sie von den Initiativen, die sich seit Jahren als eigener 'Klassenkampfblock' am offiziellen DGB-Umzug beteiligt hatten. Sie wollten damit am Maifeiertag in die sozialpartnerschaftliche, auf Harmonie ausgerichtete Gewerkschaftspolitik ihre kämpferischen Inhalte und Losungen tragen. So zogen in diesem Jahr bis zu 2.000 Teilnehmer:innen vom DGB-Haus nicht zum Brandenburger Tor sondern aus Solidarität mit den Pflegekräften zum Urbankrankenhaus in Kreuzberg. *»Wir vom Arbeitskreis Internationalismus, aber auch etliche andere IG Metaller waren sichtbar vertreten. Kein Abwälzen der Krisenkosten auf die Beschäftigten! Endlich konsequenter Gesundheitsschutz, Bildung, Klimaschutz und Verkehrswende. Gegen Militarisierung und Faschisierung! Für eine solidarische nicht profitgetriebene Gesellschaft. Ohne zu kämpfen wird sich nichts bewegen!«*[1]

Fahrrad-Demo ins Villenviertel der Vermögenden nach Grunewald

In den Mittagsstunden startete ein Fahrradkonvoi von Kreuzberg nach Grunewald. Über 10.000 Menschen beteiligten sich. Vorbild war ein Satireumzug vom 1. Mai des vergangenen Jahres, der sich gegen die »Ghettoisierung« des noblen Villenviertels richtete. So wurden die Forderungen nach einer Umverteilung des Reichtums wie auch nach bezahlbaren Mieten für alle Berliner:innen in das Wohnquartier der Vermögenden getragen. *»Das war unerwartet, spektakulär und fand ein großes Presseecho. Eine total überforderte Polizei schaffte es kaum, den Verkehr zu regeln. Gesamteindruck: 'Friedlich und kreativ', 'Polizei konfus'.«*[2]

1 Website des Arbeitskreis Internationalismus in der IG Metall Berlin (AKI)
2 AKI

Breites politisches Spektrum auf der »Revolutionären Mai-Demo«

Mit großer Spannung wurde die traditionelle »Revolutionäre 1. Mai-Demo« erwartet, die um 17.00 Uhr am Neuköllner Hermannplatz startete. Zwei Tatsachen sind besonders erwähnenswert. Erstens die sensationell starke Beteiligung von bis zu 20.000 Menschen (nach Angaben der Veranstalter). Zweitens die politische Spannbreite der Organisatoren, die in Reden, Losungen und Transparenten zum Ausdruck kam. Neben dem internationalistischen Block an der Spitze, der Migrantifa, der Black-Lives-Matter-Bewegung, der zahlreichen Initiativen gegen 'Mietenwahnsinn und Verdrängung', beteiligten sich auch gewerkschaftliche Gruppierungen, wie die 'Aktion gegen Arbeitsunrecht' und der Arbeitskreis Internationalismus an der Demonstration.

Der AKI berichtete auf seiner website: *»Sozial Benachteiligte in ihrer ganzen Vielfalt trafen zusammen. So auch Themen und Anliegen. Wer bezahlt die Krise? Wer verdient daran? Wer spürt im Alltag Rassismus und Sexismus? Wer arbeitet sich krumm und landet in Altersarmut? Oder wer findet keinen bezahlbaren Wohnraum und wem frisst die Miete den Lohn weg? Wer holt sich mehr als Corona im überfüllten Nahverkehr? Bei wem ist Endstation »Sehnsucht« vor und nach der Ausbildung? Wer steht nackt in Pandemiezeiten ohne Online-Anbindung da? Und wer findet keine Stimme oder erleidet sogar strukturelle Gewalt statt Schutz durch Organe dieses Staates? Gegen das Virus schützen wir uns nur international! Wer Klimakrise und Militarisierung nicht stoppt, verspielt unsere Zukunft!«*

Die Randale: Von den Medien herbeigeredet – von der Polizei ausgelöst

Aber die Inhalte sollten sich in den großen Medien kaum widerspiegeln. Wer die Berichterstattung der Lokal-Medien verfolgte, gewann den Eindruck, sie würden die Straßenschlacht regelrecht herbeisehnen, aus den verschiedensten Gründen – zur Steigerung von Auflagenhöhe und Einschaltquoten, zur Bedienung der Vorurteile gegen Linksradikale und ihr Umfeld oder um den politisch ungeliebten Senatsparteien eins auszuwischen. Beispiel dafür war u.a. der rbb (Rundfunk Berlin-Brandenburg) im Verlauf der Live-Berichterstattung durch seine Berliner Abendschau. Der Reporter vor Ort wurde aus dem Sendestudio ständig gefragt, ob denn noch alles ruhig sei; der Unterton war nicht zu überhören: Wann geht's denn endlich los mit der Randale?

»Um 20:30 Uhr meldet der Tagesspiegel: 'Revolutionäre Demo kommt kaum voran' … 'Grund ist laut Polizei, dass der sogenannte Schwarze Block von Autonomen in der Mitte der Demo sich nicht an die Maskenpflicht hält und deshalb gestoppt wurde.' Etliche Bilder und Videos zeigen aber das Gegenteil. Der Mund und Nasenschutz war danach geradezu beispielhaft in diesem Block umgesetzt. Später hieß es allgmein von der Polizei, dass 'wegen Verstößen gegen die Abstandsregeln und Maskenpflicht' eingeschritten worden sei.«[3]

Durch den Polizeieinsatz provoziert bekamen die Medien ihre Schlagzeilen von der »Straßenschlacht« (einige Müllcontainer wurden angezündet, viel mehr passierte nicht), und die Parteien erhielten Munition für den Wahlkampf:

Für die Oppositionsparteien, CDU, FDP und AfD, waren die Schlagzeilen ein gefundenes Fressen. *"Jedermann hat das Recht sich friedlich zu versammeln, aber für die Berliner Chaoten haben wir Handschellen und Haftanstalten"*, so der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU, Hans-Peter Uhl. Von einem völligen Versagen der »Deeskalationsstrategie« des Senats bis hin zur stillen Unterstützung und Sympathie für linksextreme Gewalttäter aus den Reihen von Linkspartei und Grünen reichten die Vorwürfe.

Für Innensenator Geisel (SPD) war es eine Bestätigung für sein hartes Vorgehen gegen den Linksextremismus und sein Umfeld. Er hatte im Verlauf der letzten Monate zahlreiche selbstverwaltete, autonome Häuser und Projekte räumen lassen. Auch die sozialdemokratische Spitzenkandidatin für den Sessel der Regierenden Bürgermeisterin, Franziska Giffey, dürfte sich bestätigt fühlen. Die innere Sicherheit bildet eines ihrer zentralen Wahlkampfthemen; in den Fragen der Mietenpolitik unterscheidet sie sich nicht von den Positionen der drei Oppositionsparteien. Die Wohnungsfrage soll ohne »staatsdirigistische« Regelungen im Einvernehmen mit der Immobilienwirtschaft gelöst werden.

So überdeckte die reißerischer Berichterstattung über die »Maikrawalle« und die anschließende Debatte im Abgeordnetenhaus das Anliegen der so zahlreichen Aktivitäten am 1. Mai. Zwei Kundgebungen gehören noch erwähnt: Erstens die der Beschäftigten des rbb (siehe Artikel; »Freie Mitarbeiter*innen des rbb mobilisieren in Berlin zum 1. Mai«) und zweitens die Kundgebung des DGB Neukölln in der Hufeisensiedlung (siehe Korrespondenz: »Der 1. Mai vor der Hufeisensiedlung in Berlin-Neukölln«). *A.B., 10.05 2021* ■

Foto: Oliver Feldhaus

3 AKI

Mitarbeiter:innen des rbb mobilisieren zum 1. Mai

Die Entscheidung des Berliner DGB, die Feiern zum 1. Mai auf eine Kundgebung mit max. 200 Teinehmer:innen zu beschränken, hat dazu geführt, dass sich aktive Kolleg:innen Gedanken gemacht haben, abseits vom zentralen Veranstaltungsort am Brandenburger Tor eigene Kundgebungen zu organisieren.

Zu diesen Initiativen gehörte der Aufruf der freien Mitarbeiter:innen des rbb (Rundfunk Berlin-Brandenburg) zu einer Kundgebung vor dem Gebäude der Anstalt in der Masurenallee. Gekommen waren knapp 400 Kolleg:innen, überwiegend jüngere. Auch ein kleiner Teil der Festangestellten hatte sich solidarisiert.

Die Kundgebung war Bestandteil einer Aktionswoche. Die freien Mitarbeiter:innen hatten beschlossen, in dieser Zeit keine Beiträge für die Programme des rbb zu liefern. Sie wollten damit dem Sender deutlich machen, dass ein attraktives Sendeangebot ohne sie nicht zustande kommen kann. Und in der Tat. Der rbb musste in dieser Woche bei einigen Sendungen vorwiegend auf Konserven zurückgreifen.

Diese ungewöhnliche Aktion und die Breite des Protestes sind Folge der Ankündigung der Intendantin Patricia Schlesinger vom Oktober 2020, eine drastische Umstrukturierung der Programme des Senders durchführen zu wollen. Insgesamt müsse dabei, so hatte sie vorgegeben, eine Einsparung von 30 Millionen Euro pro Jahr herauskommen[1].

Sparprogramme in öffentlich-rechtlichen Anstalten sind nichts Neues. In früheren Jahren wurden sie geräuschlos über die natürliche Fluktuation der Beschäftigten und angemessene Abfindungsangebote umgesetzt. Nicht so aktuell im rbb. Die Härte des Vorgehens überrascht auch deshalb, weil in Berlin eine rosa-rot-grüne Koalition regiert, mit einem Vertreter der Linken als Kultursenator.

1 Auch der sicher deutlich größere NDR hat ein Sparprogramm aufgelegt. Hier sollen jährlich sogar 300 Millionen Euro eingespart werden.

Was hat der rbb vor?

Unmittelbar nach Ankündigung des Sparprogramms wurde bekannt, dass die Sendungen ‚zibb' (Zuhause in Berlin und Brandenburg), eine frühabendliche Magazinsendung, und das Ländermagazin ‚rbb um 6' Ende 2021 eingestellt werden. Den bisher dort beschäftigten 75 freien Mitarbeitern soll gekündigt werden. Die Festangestellten aus den beiden Redaktionen werden einen neuen Arbeitsplatz in anderen Programmen bekommen, was dort zu weiteren Vertragsauflösungen bei den Freien führen wird. Von den derzeit 1500 freien Mitarbeiter:innen des Senders will sich der rbb von etwa 750 trennen.

Auf die verbleibenden Beschäftigten kommen neue Herausforderungen zu. So sollen Kolleg:innen, die bisher nur Manuskripte für die Radiosendungen geschrieben haben, zukünftig auch Wortbeiträge für Fernsehsendungen liefern und diese dann noch produzieren. Wann diese Neuerungen umgesetzt werden ist unklar, da bisher noch nicht einmal ein Ausbildungskonzept besteht. Obwohl die Anforderungen wachsen werden, sollen die Stundenhonorare nicht erhöht werden. Sollten die Vorstellungen der Leitung des rbb realisiert werden, wird es auch bei Cuttern, Toningenieur:innen und Kameraleuten zu einem drastischen Stellenabbau kommen.

Schon nach den ersten Entscheidungen im Rahmen der Programmreform ist erkennbar, in welche Richtung sich der rbb entwickeln wird. Der ambitionierte Sender ‚rbb Kultur' verpoppt zusehends und wird anspruchsloser. Die beliebte Sendung Voices z. B., die täglich eine halbe Stunde Sänger:innen aus unterschiedlichen Musikrichtungen bekannt machte, wurde auf eine Stunde die Woche gekürzt und in die wenig attraktive Abendzeit zwischen 23:00 und 00:00 verlegt. Statt wie bisher viele junge, unbekannte und kommerziell noch nicht erfolgreiche Künstler:innen vorzustellen, was ja eine der Aufgaben eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist, reicht die Zeit jetzt nur noch für eine Sängerin oder einen Sän-

ger in der Woche. Und die bzw. der Ausgewählte gehört in der Regel dem populäreren Genre an und ist bekannt.

Die prekäre Lage der Freien

Die Kundgebung zum 1. Mai wurde gemeinsam organisiert von ver.di und dem djv. In ver.di wurde sie getragen vom dju und unterstützt von dem regen Arbeitskreis »Prekäre Beschäftigung«, der in den letzten Jahren viele Initiativen wie die der Kolleg:innen vom Botanischen Garten und der von CfM unterstützt hat, die um ihre betriebsrätlichen, tarifvertraglichen und gesetzlichen Rechte gekämpft haben.

Die Beschränkung der Maiveranstaltung auf den Konflikt beim rbb hatte den Vorteil, dass eine Vielzahl von Redner:innen auftreten konnte. So schilderten Freie aus diversen Redaktionen eindrucksvoll ihre persönliche und berufliche Situation. Alle wiesen darauf hin, dass ihre Lage von erheblicher Unsicherheit über die Zukunft geprägt sei. Dies habe erheblichen Einfluss auf ihre Berichterstattung. Noch mehr als bisher müssten sie darauf achten, der Erwartungshaltung der Redaktionsleitungen zu entsprechen.

Diese Hinweise werfen ein Schlaglicht auf die Berichterstattung in den öffentlich-rechtlichen Medien. Zwischen 25 % und 55% der Beschäftigten in den einzelnen Sendern sind freie Mitarbeiter. Aktivist:innen sprechen von insgesamt 18.000 Freien, was 12. bis 15.000 Vollzeitbeschäftigten entspricht[2]. Ihnen stehen ca. 30.00 Festangestellte gegenüber. Bei solchen Strukturen bedarf es nur selten arbeitsrechtlicher Maßnahmen, um unliebsame Redakteur:innen los zu werden. Berichtet einer zu kritisch, bekommt er einfach keinen Folgevertrag mehr. Das bedarf keiner Begründung. *H.B., 15.05.2021* ■

2 Vgl. https://www.ard-freie.de/60-2

Luftaufnahme der Hufeisensiedlung in Berlin (Deutschland) mit Blickrichtung Westen
A.Savin (Wikimedia Commons · WikiPhotoSpace) – Eigenes Werk

■ DER 1. MAI VOR DER HUFEISENSIEDLUNG IN BERLIN-NEUKÖLLN:

Eine kleine, aber lehrreiche Kundgebung

Aufgerufen zu dieser Veranstaltung hatten der DGB Kreisverband, die Neuköllner Falken und die Anwohnerinitiative »Hufeisern gen rechts«. An die 150 Menschen hatten sich vor der Hufeisensiedlung versammelt, um den interessanten Beiträgen der Redner:innen zu lauschen.

In Berlin ist die Hufeisensiedlung zu einem Symbol geworden: Historisch für die sozialdemokratische Wohnraumpolitik der 1920 und 30er Jahre im Rahmen der gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften, hier konkret der GEHAG. Zahlreiche Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung wohnten in der Siedlung und standen für den antifaschistischen Widerstand in den 30er Jahren, wie der Anarchist und Dichter Erich Mühsam, der Kommunist und Maler Heinrich Vogeler, sowie die Sozialdemokratin Elfriede Ryneck. Aktuell steht die Hufeisensiedung mit ihrer Anwohnerinitiative gegen den rassistischen und faschistischen Terror im Bezirk Neukölln, der schon seit über ein Jahrzehnt anhält und bis heute nicht aufgeklärt wurde.

Miorjam Blumenthal, Neuköllner DGB-Vorsitzende (links)

Die Beiträge auf der Kundgebung spannten einen Bogen von den geschichtlichen Erfahrungen zu den aktuellen Problemen sowie den gewerkschaftlichen und politischen Aufgaben.

Mirjam Blumenthal, die DGB Kreisvorsitzende, verwies auf die erste Maikundgebung in Neukölln, die 1891, vor 130 Jahren, stattfand. Sie erläuterte, dass die Errungenschaften, die vielen heute als selbstverständlich gelten, das Ergebnis gewerkschaftlicher Organisierung und Kämpfe seien, wie: Tariflohn, Jahresurlaub und Urlaubsgeld, der Acht-Stunden-Tag, die Fünf-Tage Woche, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Mutterschutz und Kündigungsschutz. Zugleich wies sie aber auch auf die zunehmenden Probleme hin: unzureichende Bezahlung und miese Arbeitsbedingungen in den systemrelevanten Tätigkeiten (wie in der Pflege und im Einzelhandel), der Zunahme nicht tarifgebundener Betriebe und den Anstieg prekärer Arbeitsverhältnisse. Hier erwähnte sie die Lebenssituation osteuropäischer Bauarbeiter, die um ihren Lohn geprellt wurden. Sie verwies auf die Szenen in den frühen Morgenstunden am S-Bahnhof Neukölln, wo die Tagelöhner, falls sie gebraucht werden, von den Auftraggebern verfrachtet und an die Arbeitsstellen gebracht werden.

Axel Haese aus dem Bezirksverband der IG BAU und stellvertretender DGB Kreisvorsitzender, erläuterte die Geschichte der Hufeisensiedlung. Sie wurde nicht nur im Auftrag von gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften errichtet, sondern der Bau auch von einem gewerkschaftseigenen Unternehmen ausgeführt. Axel Haese verwies auf die heutigen, gestiegenen Mieten durch private Immobilienhaie und kam dann auf die aktuellen Tarifverhandlungen zu sprechen. Die Auftragsbücher der Bauunternehmen seien prall gefüllt. Das Bauhauptgewerbe habe im vergangenen Jahr die Rekordumsätze der Vorjahre nochmals deutlich steigern können. Trotzdem seien sie nicht bereit, den Forderungen der IG BAU entgegenzukommen.

Nach einem Grußwort des Neuköllner Bürgermeisters, Martin Hikel (SPD), sprach der Vertreter der Initiative 'Hufeisern gegen Rechts', Jürgen Schulte. Hier sein leicht gekürzt Beitrag:

»Gewerkschaften, von den Arbeiterinnen und Arbeitern als Selbsthilfeorganisationen in der Zeit der Industrialisierung gegründet, waren von Anfang an mehr als nur ein Instrument zur Verbesserung der Arbeits- und Lohnbedingungen. Der Mensch lebt nicht nur in der Fabrik oder in der Verwaltung. Er lebt auch nicht von Brot allein. Nein, das Leben ist mehr, Familie, Wohnung, Bildung, Unterhaltung und Vergnügen – all das gehört dazu. Nicht nur für die Gestaltung des Arbeitslebens, nein für das ganze Leben haben die Gewerkschaften von Anfang an gekämpft. Wenn wir heute den 1. Mai hier in der Hufeisensiedlung begehen, dann stehen wir an einem Ort, der diesen allumfassenden Kampf symbolisiert.

'Man kann einen Menschen nicht nur mit einer Axt, sondern auch mit einer Wohnung totschlagen' hat Heinrich Zille formuliert. Bei diesem Satz stand ihm das Neukölln des beginnenden 20. Jahrhunderts vor Augen. Die freien Gewerkschaften standen in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts bei der Gründung dieser Siedlung Pate. Sie waren es die den größten Teil der Genossenschaftsanteile hielten. Es sollte und ist eine Siedlung entstanden, die ein gesundes, auf nachbarschaftliche Zusammenhänge aufgebautes menschenwürdiges Leben förderte und die die Grundlage eines solidarischen Zusammenlebens legen sollte. Viele Gewerkschafter haben das Leben in dieser Siedlung geprägt.

*Es ist kein Zufall, dass die Fritz-Karsen-Schule als Schule besonderer pädagogischer Prägung den Rückfall in die Dreigliedrigkeit des Schulsystems Anfang der 50er Jahre mit Unterstützung der Elternschaft aus dieser Siedlung überstand und den sozial- pädagogischen Grundsatz der Chancengerechtigkeit in einer Zeit der gnadenlosen Bildungsselektion aufrecht hielt. Und es ist auch kein Zufall, dass 60 Jahre später Geflüchtete in der Umgebung der Siedlung aufgenommen und unterstützt wurden, während zur gleichen Zeit an anderen Orten Berlins Angriffe auf Geflüchtetenunterkünfte stattfanden. Und als ein rechtsextremer Mob Menschen, die sich für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte einsetzen und dem völkischen Treiben entgegenstellen, angegriffen wurden, waren es viele Bewohner*innen dieser Siedlung, die u. a. auf diesem Platz sich versammelten um ihre Solidarität mit den Betroffenen auszudrücken.*

*Wenn die Steine des Hufeisens erzählen könnten, so würden sie über Vieles berichten, was mit dem 1. Mai in Verbindung steht. Von den Festen der Bewohner*innen und den Arbeiterorganisationen, denen sie angehörten. Da würden wir von den Maiumzügen vom Akazienwäldchen durch die Siedlung bis zu diesem Platz, auf dem die Kundgebung und das Maifest stattfanden, hören. Da würden wir von der Gruppe der Kinderfreunde und der SAJ erfahren, wie sie die Siedlung mit Leben ausgefüllt haben. Sie würden von der Suppenküche schwärmen, die die Anwohner*innen für die streikenden Arbeiter 1932 im Akazienwäldchen eingerichtet hatten.*

*Sie würden auch von den Auseinandersetzungen zwischen den Gewerkschaftern mit den Nazis Anfang der 30er Jahre berichten, die sich in der Siedlung mit massiver Unterstützung von außen breit zu machen versuchten. Und das nicht folgenlos. Während im November 1931 die Bewohner*innen den angekündigten SA-Aufmarsch durch die Siedlung verhinderten, zogen ein halbes Jahr*

später am 1. Mai die Gewerkschafter mit eingerollten Fahnen zum Aufmarschplatz. Unser Kollege Hanns-Peter Herz hat uns geschrieben: 'Mein Vater hat mich mitgenommen zum Treffpunkt, die Fahnen sind eingerollt, die Embleme verdeckt. Nur nicht provozieren, hieß es. Demokraten tarnen sich und überlassen den Nazis die Straße, eine Erfahrung, die ich nicht vergessen habe. Lernt aus ihr.'

Die Folgen sind bekannt. Die Arbeiterorganisationen wurden 1933 zerschlagen, ihre Mitglieder verhaftet oder zum Schweigen gebracht. Die Siedlung von den Nazis regelrecht besetzt. Von Nazi-Gegnern oder Juden geräumte Wohnungen wurden von Nazi-Funktionären bezogen, in nahezu jeder Straße ein Heim oder Büro einer Nazi-Organisation eingerichtet, die Siedlung mit einem Spitzelnetz überzogen. Misstrauen und Angst zogen nicht nur bei Nazi-Gegnern, sondern auch bei denjenigen ein, die Distanz zu den neuen Herren wahren wollten. Wem kann man noch trauen, was kann man wem noch sagen?

Doch obwohl immer wieder Antifaschisten in der Siedlung verhaftet wurden, konnten die Nazis bis zur Befreiung am 24. April 1945 das gewerkschaftliche Milieu nicht vollständig brechen. Die Steine würden von illegalen Quartieren für Antifaschisten berichten, die sich hier vorübergehend aufhielten. Sie würden auf mehrere Wohnungen hinweisen, in denen jüdische Verfolgte z.T. über mehrere Jahre vor den Nazischergen verborgen wurden und die Befreiung erlebten.

Und sie würden den 1. Mai 1945 erwähnen, an dem sich im Haus des Antifaschistischen Blocks im Hüsung 19 ein kleiner Kreis von Gewerkschaftern traf, um an den 1. Mai zu erinnern und an die Zukunft zu denken, in der die noch nicht wiederzugelassenen Gewerkschaften den Kampf für eine soziale und demokratische Gesellschaft führen werden.

[...] Ein entscheidender Gradmesser für das Ausmaß einer Demokratie ist der Bewegungsspielraum, den Gewerkschaften in einer Gesellschaft wahrnehmen können. Die Geschichte – auch in dem Mikrokosmos Hufeisensiedlung – hat gezeigt, dass überall da, wo gewerkschaftliche Rechte eingeschränkt oder beseitigt werden, die Demokratie in Gefahr ist. Das sollten wir uns in den nächsten Monaten immer wieder vor Augen halten, wenn die AfD und andere völkische und nationalkonservative Gruppierungen antigewerkschaftlichen, rassistischen und nationalistischen Reden halten. [...] Egal, ob es sich um Wohnungs- und Mietpolitik, um Gesundheitspolitik oder um die Zukunft der Rente handelt, immer sieht die AfD die Lösung in einer Verschärfung des status quo. Ihre Antworten heißen völlige Liberalisierung des Wohnungsbaumarktes, keine Beschränkungen der Mieten, weder durch einen Mietspiegel noch durch eine Mietpreisbremse – der »freie« Markt soll es richten. Freie Hand für die Krankenhauskonzerne, sprich für die Couponschneider. Die Überlastung des Personals und das Herunterfahren der Bettenkapazitäten werden in ihrem Programm einfach übergangen. Kontrolle durch Mitbestimmung wird als investitionshemmend und freiheitseinschränkend diskreditiert. Überhaupt die Betriebsräte und ihre Gewerkschaften. Hier greifen ihre Konzepte auf alte völkische Vorstellungen zurück. Betriebsräte sollen als soziale Schlichtungsgremien, als Berater der Unternehmensvorstände reduziert werden, Gewerkschaften in Richtung wirtschaftsfriedliche Verbände ohne politisches Mandat und Zugang zu den Betrieben entmündigt und zur gesellschaftlichen Wirkungslosigkeit verurteilt werden.

Wenn die AfD als Wahlparole ausgibt, »den Corona-Diktatoren in der Regierung und ihren gesellschaftlichen Lakaien den Garaus« zu machen, sollten wir das nicht als lächerliche Selbstüberhöhung beiseiteschieben.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat sich aus den Erfahrungen mit dem Faschismus neu rekonstruiert. Deshalb gilt auch für diesen 1. Mai das, was in der Vergangenheit gültig war:

Auch in Zukunft liegt unsere Stärke in unserer Solidarität: für den Ausbau der Demokratie, für den Erhalt und die Ausweitung sozialer Rechte, gegen Rassismus und Nationalismus.
Noch immer gilt der Grundsatz unserer Alten:
Nicht betteln nicht bitten
nur mutig gestritten
nie kämpft es sich schlecht
für Freiheit und Recht«

A.B., 15.05.2021 ■

Beiträge und Dokumente zur Diskussion: Der Aufstieg des Rechtspopulismus · Kampf gegen rechts – Aber wie? Die politische Rechte in der Weimarer Republik und die Analysen der KPD-Opposition
Juli 2020 · 3,– Euro · Hrsg.: Gruppe Arbeiterpolitik

Nakba-Demo in Berlin-Neukölln

Foto: neukoellnbild/Umbruch Bildarchiv

IM INTERESSE DER »DEUTSCHEN STAATSRÄSON«:

Proteste und Kritiker gegen die Besatzungspolitik Israels werden kriminalisiert

Die Bundesregierung hat die Sicherheit Israels zur deutschen Staatsräson[1] erklärt, die staatstragenden Parteien des Bundestages haben sich dem angeschlossen. Mit diesem Beschluss und seiner Begründung stellen sie die Verhältnisse im Nahen Osten auf den Kopf. Israel besitzt die bestgerüstete Armee und ist die einzige Atommacht in der Region. Nicht die Existenz Israels ist akut gefährdet; vielmehr raubt deren Besatzungs- und Vertreibungspolitik die Existenzgrundlagen immer größerer Teile der palästinensischen Bevölkerung. Die bewaffneten Konflikte zwischen den Palästinensern und Israel gleichen dem Kampf Davids gegen Goliath.

Unsere Staatsräson, die das Verhältnis der BRD zu Israel seit ihrer Gründung prägt, lieferte den israelischen Regierungen eine Blankovollmacht. Schon immer verstanden sie es, wenn ihre Expansions- und Vertreibungspolitik die entsprechende Gegenwehr unter der palästinensischen Bevölkerung hervorrief, die daraus resultierenden Konflikte als einen Kampf zur Existenzsicherung Israels darzustellen.

Der Vorwurf des Antisemitismus als Totschlagargument

Menschen, die sich gegen die israelische Expansionspolitik engagieren, werden von der Bundesregierung, den Leitmedien, und Vertreter:innen der Bundestagsparteien als verdeckte oder offene Antisemiten diffamiert. Ein Vorwurf, der sie mundtot machen soll und der die Tatsachen und Hintergründe des Konflikts in Palästina vernebelt und zu verdreht. Die Kritik am Zionismus oder der Politik des israelischen Staates entspringe antisemitischen Einstellungen, so die Behauptung. Eine glatte Verkehrung der Tatsachen. Dazu Moshe Zuckermann in einem Interview: *»Judentum, Zionismus und Israel sind drei verschiedene Kategorien und entsprechend auch Antisemitismus, Antizionismus und Israelkritik. Das zeigt*

1 Wikipedia: Das Lexikon der Politik definiert den Begriff »Staatsräson« als ein »in der italienischen Renaissance (vor allem Machiavelli) erstmals auf den Begriff gebrachtes, grundsätzliches Orientierungs- und Handlungsprinzip, welches die Erhaltung des Staates bzw. der staatlichen Autorität und/oder sogar deren Steigerung zur entscheidenden politischen Maxime erklärt.«

sich schon daran, dass nicht alle Juden Zionisten, nicht alle Zionisten Israelis und nicht alle Israelis Juden sind. Es ist klar, warum diese Kategorien in Deutschland allzu häufig gleichgesetzt werden. Das bedient deutsche Befindlichkeiten und Bedürfnisse der Schuldabtragung. Aber nicht nur ist diese Gleichsetzung an sich falsch, sondern sie bedient objektiv auch die Interessen der israelischen Propaganda.«[2]

Wir leugnen nicht, dass es auch in muslimischen und arabischen Gemeinschaften »Hass auf Juden, nur weil sie Juden sind«, gibt. Aber diese Haltung nährt sich aus völlig anderen Quellen als der deutsche Antisemitismus. Über viele Jahrhunderte hinweg haben jüdische Gemeinschaften in arabischen Ländern Seite an Seite mit ihren muslimischen Nachbarn gelebt. Auch in den arabischen Feudalgesellschaften gab es für Juden ökonomische Beschränkungen und diskriminierende Regelungen, aber diese gab es auch für andere Minderheiten und auch für die breite Bevölkerung.

Wer den heutigen arabischen und muslimischen Mitbürgern Antisemitismus vorwirft, »entsorgt« damit zu deren Lasten die deutsche Geschichte mit ihrer langen Tradition des Antisemitismus und Rassismus.

Den sogenannten »Islamwissenschaftlern«, deutschen Politikern und etlichen Medienvertretern, die diese Gleichsetzung vollziehen, ist vorzuwerfen, dass sie wie auch die AfD den Holocaust verharmlosen und heutigen Rassismus schüren. Sie verbergen damit die Tatsache, dass mit der militärischen Niederlage Deutschlands weder Antisemitismus noch Rassismus überwunden waren. Mit Wissen der westlichen Alliierten wurden Nazis an zentralen Stellen der Justiz, der Verwaltungen, der Wirtschaft, des Militärs wieder eingesetzt. Man brauchte sie zum Wiederaufbau der BRD als Frontstaat gegenüber dem sozialistischen Lager. Diese Geschichte lebt in der BRD bis heute fort, auch, weil die gesellschaftlichen Grundlagen, die zum Faschismus geführt haben, nie beseitigt wurden. Ausdruck davon sind sowohl die Wahlerfolge der AfD, als auch die rechtsterroristischen Anschläge von Hanau und Halle. Von all dem lenkt die Antisemitismus-Definition des Bundestages ab (siehe Artikel: »Israel, Palästina und der Antisemitismus«, sowie die »Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus«).

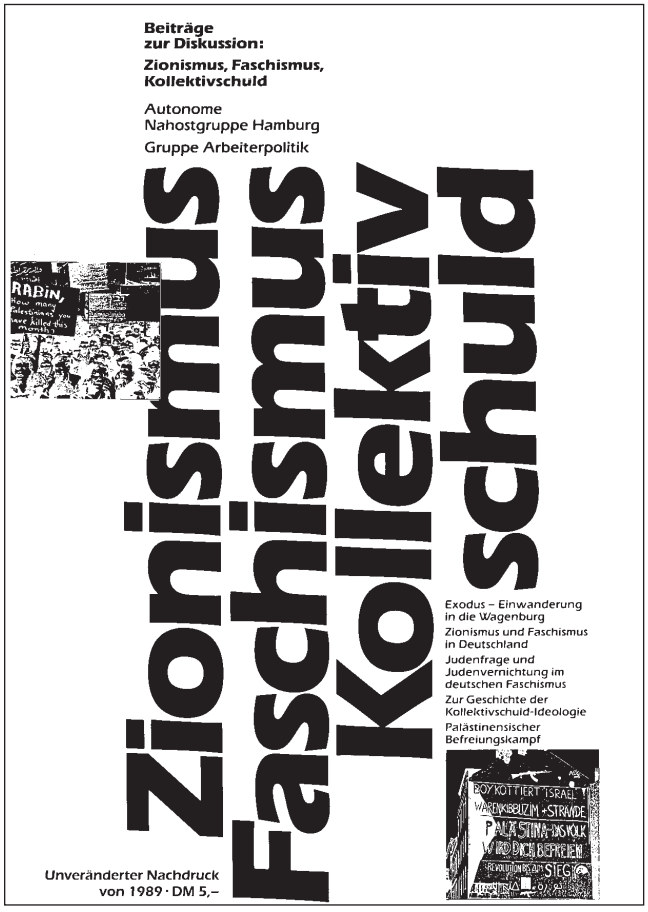
Daneben haben die ständigen Beteuerungen der Bundesregierung, dass man das Selbstverteidigungsrecht Israels unterstützt, auch handfeste wirtschaftliche Gründe: Dahinter verbergen sich z.B. sehr lukrative Rüstungsgeschäfte, die vom deutschen Staat – also von den Steuerzahlern – aus Gründen der angeblichen »Wiedergutmachung« subventioniert werden.

Darüber hinaus haben Deutschland wie auch andere europäische Länder und die USA das Interesse über Israel als Atommacht ihre geostrategischen Interessen in dieser Region zu wahren. Israel kontrolliert vor allem mit seiner hochmodernen Luftwaffe den unruhigen Nahen Osten und den Iran. Aber diese Interessen werden der deutschen Bevölkerung als »moralischer Auftrag« der »Wiedergutmachung am europäischen Judentum« verkauft.

Die Heftigkeit, mit der deutsche Politiker:innen auf die Pro-Palästina-Demonstrationen reagieren, zeigt allerdings auch, dass die politischen »Eliten« mit ihrer verlogenen Erinnerungskultur und ihren »Totschlagargumenten« an Terrain verlieren, auch in der arbeitenden Bevölkerung. Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen und deren Geschichte ist eine völlig andere, sie begreifen nicht, warum auch sie für die Folgen des deutschen Faschismus büßen sollen. Aber auch für die noch weitgehend passive deutsche Bevölkerung werden die Tatsachen hinter dem ideologischen Nebel immer sichtbarer, die Unterdrückung der Palästinenser und das Elend in Gaza lassen sich nicht länger verschweigen.

B.K., R.HH., A.B., 25.05.2021 ■

Weitere Informationen siehe Buchbesprechung:
Zionistische Ideologie im »internationalistischen« Mäntelchen. in Arbeiterpolitik Nr. 3, 2012
auf: Arbeiterpolitik.de/zeitungsarchiv/



Beiträge zur Diskussion: Zionismus, Faschismus, Kollektivschuld
Hrsg.: Autonome Nahostgruppe Hamburg, Gruppe Arbeiterpolitik

Exodus – Einwanderung in die Wagenburg
Zionismus und Faschismus in Deutschland
Judenfrage und Judenvernichtung im deutschen Faschismus
Zur Geschichte der Kollektivschuld-Ideologie
Palästinensischer Befreiungskampf

April 1989, 28 Seiten, Nachdruck 2,50 Euro

2 Interview mit Moshe Zuckermann, unter: https://www.heise.de/tp/features/Judentum-Zionismus-und-Israel-sind-verschiedene-Kategorien-6048958.html

Nakba-Demo in Berlin-Neukölln, die Polizei löst den Demonstrationszug auf

Fotos: neukoellnbild/Umbruch Bildarchiv

Die Nakba-Demonstrationen in Berlin und ihre Vorgeschichte

Die alljährlich zum 15. Mai stattfindenden Nakba[3]-Demonstrationen standen diesmal unter dem Eindruck des Krieges in Palästina. Bundesweite Resonanz erhielt die Berliner Demonstration durch die Zusammenstöße mit der Polizei und die entsprechende überregionale Berichterstattung, z.B. in der Tagesschau. Die Medien folgten überwiegend der durch die Bundesregierung vorgegebenen Linie und bedienten publizistisch die Antisemitismuskeule.

Bereits drei Tage zuvor, am 12. Mai, gab es eine Protestkundgebung vor dem Rathaus Neukölln, einem Bezirk, in dem schon seit Jahrzehnten Zuwanderer und Migranten aus dem arabischen Raum ansässig sind. Die Neuköllner Sonnenallee wird von vielen auch als »Klein-Damaskus« bezeichnet. Angemeldet hatte die Kundgebung der Verein »Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V.«, unterstützt durch »Palästina spricht – Palestine Speaks« und »Jüdischer Antifaschistischer Bund«.

Die Kundgebung wurde durch die Polizei massiv behindert und gestört. Darüber berichtet die Jüdische Stimme u.a.: »Die Polizist*innen sind gewaltsam und in großen Gruppen immer wieder von außen in die Demonstration eingedrungen und haben dabei jeweils eine teilnehmende Person weggezerrt. […] Als wir darum gebeten haben, mit einem Kommunikationsteam zu sprechen, wurde uns gesagt, dass es ein solches Team nicht gibt. […] Die Polizei spielte ihre lautstarke Aufzeichnung von Corona-Regeln und Protestverordnungen immer genau in dem Moment ab, in dem ein*e Redner*in zu sprechen begann. Es ist unmöglich, dass dieses Timing zufällig war – es passierte immer wieder, bei allen Redebeiträgen.«

Weder über die Organisatoren, noch über die Inhalte der Kundgebung und schon gar nicht über die Provokationen der Polizei wurde in den allermeisten Medien berichtet. Aber die Stimmung für die drei Tage später stattfindende Nakba-Demonstration war vorbereitet.

Zum 15. Mai gab es zwei Aufrufe und zwei Demonstrationen. Eine startete um 15.00 Uhr auf dem Hermannplatz und sollte zum Rathaus Neukölln führen. Aufgerufen hatte »Samidoun«, eine Organisation zur Unterstützung der politischen Gefangenen aus Palästina. 3.500 Menschen (nach Angaben der Polizei) hatten sich eingefunden. Die Demonstration bot ein vielfältiges, buntes Bild. Viele Familien mit Kinderwagen und vor allem Jugendliche hatten sich eingefunden. Es beteiligten sich aber auch Anhänger moslemischer Organisationen sowie türkische Nationalisten – ein breites Spektrum der in Neukölln wohnenden Anwohnerschaft mit Wurzeln im Nahen Osten und der Türkei. So wehten neben den roten Bannern mit Hammer und Sichel die Flaggen aus dem Libanon und anderen arabischen Nationen sowie die türkische Nationalfahne.

Nach 500 Metern stoppte die Polizei den Aufzug und versuchte ihn anschließend aufzulösen. Es waren vor allem Jugendliche und ältere Kinder, die sich widersetzten und die Polizei, mit Flaschen, Feuerwerkskörpern und Steinen bewarfen. Die Auseinandersetzungen verlagerten sich in die Nebenstraßen. Nach drei Stunden gelang es der Polizei durch die Bildung eines Kessels, die Auseinandersetzungen zu beenden.

Eine zweite Demonstration, zu der auch die »Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost« aufgerufen hatte, startete um 16.00 Uhr in Kreuzberg und führte zum Herrmannplatz. An ihr beteiligten sich 2.500 Menschen (nach Angaben der Polizei, die tatsächliche Teilnehmerzahl war höher). Sie verlief ohne größere Zwischenfälle. Aber die »Straßenschlachten« bestimmten natürlich die Berichterstattung über die als antisemitisch bezeichneten Aufzüge und Demonstrationen. Wir veröffentlichen hier die Rede von Lili Sommerfeld für die Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost:

»Liebe Freundinnen, liebe Freunde,
Ich stehe hier mit euch als jüdische Aktivistin und Teil der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost. Wir stehen hier zusammen, vereint im Widerstand gegen die Besatzung, die Apartheid und die andauernde Nakba.

3 Wikipedia: Als Nakba, deutsch Katastrophe oder Unglück, wird im arabischen Sprachgebrauch die Flucht und Vertreibung von etwa 700.000 arabischen Palästinensern aus dem früheren britischen Mandatsgebiet Palästina bezeichnet.

Wir wissen, wie schwer es ist, in Deutschland gehört zu werden, wenn man für ein freies Palästina spricht. Aber als Jüdinnen und Juden, die sich Menschenrechten, Freiheit und Gerechtigkeit verpflichtet sehen, können wir nicht anders, als ganz klar zu sagen: Israel spricht NICHT in unserem Namen!

Heute sind wir in Berlin, aber unser Herz ist bei den Opfern der Gewalt im Nahen Osten. Für unsere lebendige jüdische, israelische, muslimische, christliche, palästinensische Berliner Gemeinschaft ist der Nahe Osten nicht weit weg. Wir alle haben nicht das Privileg, unsere Augen vor dem Unrecht verschließen zu können. So wir hier stehen und demonstrieren, werden unsere Brüder und Schwestern in Gaza ermordet. Hier und heute auf diesem Platz sind Menschen, deren Familienmitglieder in der vergangenen Woche getötet wurden. Und die deutsche Politik tut nichts, um der Gewalt ein Ende zu bereiten.

Wir wissen, dass sich die deutsche Regierung mit ihrer faktisch bedingungslosen militärischen und diplomatischen Unterstützung Israels an den Morden in Gaza mitschuldig macht.

Zu deutschen Politikerinnen und Politikern sagen wir: Die Waffenlieferungen an Israel reinigen NICHT euer Gewissen von den Verbrechen der Nazis. Es wird Zeit, dass ihr euch endlich an eure eigenen Standards haltet die völkerrechtswidrige Expansionsstrategie Israels anprangert. Euer Blick auf Israel darf nicht über die Gräber Palästinas hinwegsehen.

*Zu den anwesenden Medienvertreter*innen sagen wir: Wir ertragen es nicht mehr, dass eure Berichterstattung immer erst bei den Raketen aus Gaza beginnt. Es wird Zeit, dass ihr die Öffentlichkeit aufklärt über die Verbrechen, die seit Jahrzehnten von israelischer Seite verübt werden. In Sheikh Jarrah, in ganz Ostjerusalem und im Westjordanland. Es wird Zeit, dass ihr Euphemismen wie »Siedlungspolitik« enttarnt als das was sie sind: Vertreibung, Völkerrechtsverletzung und Landraub. Die aggressive Judaisierung – from the river to the sea – IST die andauernde Nakba.*

Zuletzt richten wir die Worte an die Berliner Polizei: Auf unserer Demo in Neukölln vergangenen Mittwoch konnten wir erleben, dass es euch NICHT gelungen ist Lehren aus den Verbrechen eurer Vorfahren zu ziehen. Wenn vor euren Augen Juden und Palästinenser friedlich und gemeinsam demonstrieren, sich gegen Unrecht, Gewalt, Rassismus und Unterdrückung wehren, sich einsetzen für Menschenwürde unabhängig von Religion und Ethnie, dann solltet ihr Deutschen in der ersten Reihe stehen. Eure Großväter haben meine Familie vor 80 Jahren ins KZ deportiert und ihr habt immer noch nichts verstanden: SHAME ON YOU!

Doch es gibt auch Hoffnung: Mit jedem Tag wächst die Solidarität mit Palästina, nicht nur hier in Deutschland, sondern auf der ganzen Welt. Keine Besatzung dauert ewig. Kein Apartheidsystem bleibt für immer bestehen. Wir bleiben zusammen in unserem Widerstand und keine Diffamierung der Welt wird uns auseinander bringen. Free Palestine!«

A.B., 25.05.2021 ■

Nakba-Kundgebung in Kassel

Auch in Kassel fand am 15. Mai eine Kundgebung zum Nakba-Tag statt, an dem an die Vertreibung von über 700.000 Palästinenserinnen und Palästinenser aus dem heutigen Israel/Palästina durch zionistische Milizen 1947/48 erinnert und darauf hingewiesen wird, dass die Vertreibungen bis heute anhalten.

Durch die Ereignisse in Ostjerusalem und durch die brutalen Auswirkungen des israelischen Bombardements auf die Zivilbevölkerung in Gaza bekam der Aufruf der Gruppe »Palästina Spricht« eine Aktualität, die zu einer vorher nicht erwarteten hohen Anzahl an Teilnehmern führte. So standen etwa 600 bis 800 Teilnehmer der Pro-Palästina-Kundgebung etwa 80 Teilnehmer einer Pro-Israel-Kundgebung gegenüber, nur getrennt von Straßenbahnschienen und einem für Kassel ungewohntem Polizeiaufgebot.

Offenbar war von den »Israelfreunden« eine Konfrontation gewollt, denn der Vorsitzende der Deutsch-Israelischen Gesellschaft erklärte später gegenüber der Presse: *»Wenn es zu einer Gewalteskalation gekommen wäre, dann hätten die Bürger von Kassel ja gesehen von wem die Gewalt ausgeht.«* Deshalb habe man auf diesem Platz bestanden. Aber es blieb friedlich, nicht zuletzt auch deshalb, weil die Polizei nicht eingriff, sondern nur mehrmals auf die Abstandsregeln hinwies. Allerdings wurden auch die Reden der Pro-Palästina-Kundgebung erstickt im Lärm vorbeiratternder Straßenbahnen und der lauten Rufe von Kundgebungsteilnehmern, die sich angesichts der wehenden Israelfahnen zu Recht provoziert fühlten.

So ging leider auch die Rede eines jungen Palästinensers unter, der für den Veranstalter »Palästina spricht« die Ursachen der Gewalteskalation zusammenfasste. Wir haben sie im Folgenden dokumentiert:

*»**Liebe Kundgebungsteilnehmer und Teilnehmerinnen, liebe Mitbürger,***

Ich bin Palästinenser und ich habe bis vor wenigen Jahren in Syrien gelebt, in einem palästinensischen Flüchtlingslager in der Nähe von Damaskus. Heute ist es ein Dorf mit festen Häusern, aber nach 1948 standen dort nur Zelte, danach provisorische Hütten. Meine Großeltern wurden 1948 aus dem heutigen Israel vertrieben und flohen nach Damaskus. Mein Vater war damals 8 Monate alt. Wenn ich hier heute von der Situation meiner Schwestern und Brüder in Ostjerusalem, im besetzten Westjordanland oder in Gaza spreche, dann ist das für mich nichts Abstraktes. Es hat zu tun mit meiner eigenen Geschichte. Ich bin – wie Hunderttausende von anderen Palästinensern staatenlos. Denn ein freies Palästina ist heute noch ein Land aus Worten. Wir haben keinen eigenen Staat, auch keine eigene Armee. Das macht uns zur Beute von Unterdrückung, Rassismus, militärischer Besatzung, Apartheid und Vertreibung. Aber wir sind keine wehrlosen Opfer – unsere Waffe ist die Solidarität, weltweit.

Diese Solidarität erleben wir auch von internationalen Organisationen: Eine davon ist human rights watch. Oder auch die israelische Menschenrechtsorganisation B´Tselem. Sie haben der israelischen Politik unmenschliche Handlungen und Apartheidpolitik vorgeworfen. Mit diesen Vorwürfen stehen sie nicht alleine da: Auch der UN-Menschenrechtsrat bezeichnet die andauernden Annexionspläne als Vision einer Apartheid des 21. Jahrhunderts. Zu den unmenschlichen Handlungen Israels gehören nach Auffassung von human rights watch:

1. *Die willkürliche Beschlagnahme von palästinensischem Land*
2. *Die willkürliche Zerstörung von palästinensischen Häusern, weil sie ohne Baugenehmigung gebaut wurden – aber Baugenehmigungen werden fast nie erteilt.*
3. *Die Verweigerung von Aufenthaltsrechten*
4. *Doppelte Standards in der Rechtsprechung*
5. *Die Aufhebung von Bürgerrechten wie Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit*
6. *Die grundsätzliche Privilegierung der jüdischen Bevölkerung so wie sie sich im israelischen Nationalstaatsgesetz ausdrückt. Hier wird nur dem jüdischen Volk ein Selbstbestimmungsrecht eingeräumt. Was heißt das konkret? Dafür ein Beispiel: Stellen Sie sich einfach mal vor. in einem bestimmten Gebiet in Kassel dürften nur noch Deutsche wohnen, Türken, Zuwanderer aus afrikanischen Ländern oder Flüchtlinge aus Syrien hätten dort kein Wohnrecht. Begründet wird dies damit, dass – nehmen wir den Vorderen Westen – dieser Stadtteil nur dem deutschen Volk gehöre, denn der Grund und Boden dieses Stadtteils sei vor etlichen Jahren von einem deutschen Nationalfonds gekauft worden. Eine absurde Vorstellung? In der Tat, aber leider Realität in Israel. Etwa 13 % des Landes gehören dem Jüdischen Nationalfonds, sein Land ist nur für Juden vorgesehen, Palästinenser erhalten dort weder Baurecht noch eine Mietwohnung. Ist das etwa keine Apartheid?*
7. *Dazu kommt der Ausbau der jüdischen Siedlungen, die von den Palästinensern nur mit Sondergenehmigungen betreten werden dürfen. Auch die Schnellstraßen, die die Siedlungen und das Staatsgebiet von Israel verbinden, dürfen nicht von Palästinensern befahren werden. So müssen die Palästinenser oftmals riesige Umwege in Kauf nehmen. Nach dem Völkerrecht ist es verboten, dass die Besatzungsmacht die eigene Bevölkerung in das besetzte Gebiet ansiedelt. Aber Völkerrecht und Menschenrechte kümmern die israelische Regierung nicht: Allein im Jahr 2020 haben die israelischen Behörden den Bau von 12 000 neuen Siedlungshäusern genehmigt, obwohl in Ostjerusalem und im besetzten Westjordanland schon über 700 000 Siedler leben. Zwischen den Siedlungen palästinensische Dörfer und Städte – abgeschottet durch militärische Checkpoints, eine unüberwindbare Mauer und zahllose andere Einschränkungen, die ich hier nicht alle aufzählen kann.*

Aber sie berühren alle Bereiche des Lebens: Schulbildung, Arbeit, Krankheit, Aufenthaltsrecht. Sogar die Liebe, wenn es Paaren verwehrt wird zusammenzuleben.

Am schlimmsten betroffen von der israelischen Unterdrückung sind die fast 2 Millionen Menschen in Gaza. Fast 80% davon sind unter 30 Jahre alt, aber ohne jede Perspektive, erstickt von der fast vollständigen Abriegelung durch Israel in Absprache mit Ägypten. Schmutziges, stinkendes Wasser, eine Stromversorgung, die immer wieder zusammenbricht, eine zusammengepferchte Bevölkerung auf einer Fläche wie Bremen. Ein »Freiluftgefängnis«!

Wundert ihr euch, dass es unter solchen Verhältnissen zu Gewaltausbrüchen kommt? Wundert ihr euch, dass die Menschen diese jahrzehntelange Unterdrückung, die bis in ihr ganz privates Leben hineinreicht, nicht mehr ertragen kann? Dass sie aufbegehren, besonders die Jugend? Dass sie sagen: Es reicht!

Es sind nicht die Palästinenser, die die Gewalt verursacht haben, sondern es ist die herrschende Klasse Israels, die diese hervorgerufen hat, durch ihre Vertreibungen, ihre Menschenrechtsverletzungen und ihre Unterdrückung.

Für Frieden gibt es nur einen einzigen Weg: ein Ende der Besatzung, eine Aufhebung der Abriegelung Gazas, ein Ende der Vertreibungen zugunsten von jüdischen Siedlern und gleiche Rechte für alle.

Dafür bitte ich euch um Unterstützung!«

B.K., 25.05.2021 ■

Zur Zeit der Verleumder

Sie nennen mich
Verräter an meinem Volk
Sie nennen mich
Jüdischer Antisemit
weil ich spreche von dem,
was sie tun in Israels Namen
gegen Palästinenser,
gegen Araber anderer Länder
und auch gegen Juden,
die totgeschwiegen werden.

Später einmal
werden Juden, die übrigbleiben
wenn dieser Wahnsinn vorbei ist,
zu suchen beginnen
nach Spuren von Juden,
die nicht mittaten
sondern warnten.

Erich Fried

Erich Fried (r.) im Gespräch mit (v.l.) Franz Fühmann, Alfred Wellm und Volker Braun während der „Berliner Begegnung zur Friedensförderung“ vom 13. bis. 14. Dezember 1981.

Bundesarchiv, Bild 183-Z1229-303 / Senft, Gabriele / CC-BY-SA 3.0